

Annoncen.
Annahme-Bureaus:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestrasse 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Bindler,
Friedrichstr. 4;
in Grätz b. Hrn. L. Streissand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel;
Haesenstein & Vogler.

Annoncen.
Annahme-Bureaus:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen
und Bremen;
in Berlin:
A. Reitmeier, Schloßplatz;
Kassel, Bern u. Stuttgart;
Sachsen & Co.;
in Breslau: R. Jenke;
G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Dreihundertseitigster

Jahrgang.

15.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntagszeitung erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährlich für die Stadt Posen 15 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Mittwoch, 19. Januar

Inserate 14 Sgr. die fünfgeschwante Seite oder einen Raum. Reklamen verbülfähig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für bis zu demselben Tage erscheinende Nummern nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 18. Januar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem königlich griechischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Lyannu, den Roten Adler-Orden I. Kl.; ferner den nachbenannten königlich bayrischen Archiv-Beamten, und zwar: dem Reichs-Archiv-Vorstand Professor Dr. v. Löher zu München den Kronen-Orden II. Kl., dem Vorstand des Archiv-Konservatoriums in Bamberg, Dr. Rapp, den Kronen-Orden III. Kl., dem Archiv-Sekretär Dr. Schäffler zu München und dem Archiv-Sekretär Köberle zu Bamberg den Kronen-Orden IV. Kl.; sowie endlich dem fürstlich reußischen Zoll-Rath v. Kutschbach zu Schleiz und den Kaufleuten Edmunds und Dirks und Viktor Dirks zu Bordeaux gleichfalls den Kronen-Orden IV. Kl. zu verleihen.

Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Schatzrat Merkel zu Hannover den Roten Adler-Orden III. Kl.; dem Sekonde-Lieutenant a. D. Levin zu Potsdam den Kronen-Orden IV. Kl.; dem euerirtriten katholischen Schulreiter Großhantzen zu Boisheim, Kr. Kempen, den Adler der IV. Kl. des Hauses von Hohenzollern zu verleihen; ferner den Geh.-Ober-Justiz-Rath und vorragenden Rath im Justiz-Ministerium Dr. Friedberg zugleich zum Vorstande der Justiz-Prüfungs-Kommission mit dem Charakter eines Präsidenten derselben zu ernennen und demselben den Rang der Räthe erster Klasse beizulegen.

Der R. Eisenbahn-Baumeister Lütteken bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn zu Langenberg ist zum R. Eisenbahn-Bau-Inspektor ernannt und denselben die Stelle des Vorstehers des technischen Zentralbüros bei der Braunschweiger Eisenbahn in Kassel verliehen worden. Dem bisher als technischer Hilfsarbeiter bei der Bau-Abteilung des R. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten kommissarisch beschäftigt gewesenen Baumeister Hesse ist, unter Ernennung zum R. Land-Baumeister, die etatsmäßige technische Hilfsarbeiter-Stelle bei dem R. Polizei-Präsidium zu Berlin verliehen worden.

Dem Oberlehrer Dr. Roudolf am Gymnasium in Neuz ist das Prädi-
kat "Professor" verliehen worden.

Der bisherige Zahlmeister Feyerabendt ist zum Geh. Registratur-
ernannt.

Preußen und Polen.

Man schreibt uns:

Es ist bemerkenswerth, daß sich seit einiger Zeit in der polnischen Presse immer häufiger Stimmen vernehmen lassen, welche die Verwirklichung der polnischen Hoffnungen von Preußen erwarten und daher den polnischen Patrioten dringend rathe, der preußischen Regierung vertrauensvoll und freundlich entgegenzukommen. Noch vor Kurzem waren solche Ansichten und Rathschläge in der polnischen Presse unerhört und würden von den Worführern der polnischen Sache, die kurzfristig und verblendet genug waren, den Haß gegen Preußen und das deutsche Element als ein unumstößliches Dogma des polnischen Patriotismus zu betrachten, mit Entrüstung zurückgewiesen worden sein. Heute wagt es schon eines der bedeutenderen polnischen Presbogane, der den liberalen Ideen huldigende Krakauer "Kraj", die Ansicht, welche die polnischen Hoffnungen an Preußen und das unter Führung desselben geeinigte Deutschland knüpft, öffentlich zu vertreten und die polnische öffentliche Meinung giebt kein Mißfallen darüber kund.

Das genannte Blatt geht von der sehr richtigen Ansicht aus, daß Preußen keine fremden Eroberungen sucht, sondern von einem historischen und natürlichen Drange getrieben, nur dahin strebt, die deutschen Stämme unter seiner Führung zu einigen und einen von ihm geleiteten deutschen Bundesstaat zu errichten und daß es bei diesem Streben früher oder später nicht blos mit dem egoistischen Frankreich, sondern mehr noch mit dem von panslawistischen Ideen durchdrungenen und eroberungssüchtigen Russland nothwendig in kriegerischen Konflikt gerathen muß. Die Zeit, wo Russland seinen längst angekündigten panslawistischen Eroberungszug durch das zivilierte Europa zu unternehmen sich anschickt wird, ist nach der Ansicht des "Kraj" die Zeit, wo Preußen es in seinem Interesse finden muß und wird, die Polen als Bundesgenossen gegen den gemeinsamen Feind aufzurufen, wo die polnischen Unabhängigkeits-Hoffnungen, wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfang, ihre Verwirklichung erwarten dürfen. Der "Kraj" betrachtet als die politischen Hauptfiguren der Gegenwart, welche die europäische Politik noch auf lange Zeit bestimmen und die künftige politische Gestaltung Europas vorbereiten, auf der einen Seite Napoleon und Beust, auf der anderen Seite Bismarck und Andrassy. Dem Kaiser Napoleon geht es vor Allem darum, die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung zu hindern und Preußen womöglich zum Fall zu bringen; aber er findet zur Ausführung seines Plänes noch keinen Bundesgenossen, weil Österreich zu schwach ist und Russland wegen mangelnder Vorbereitung zögert. Zur Würdigung der Bestrebungen der genannten beiden politischen Gruppen bemerkt das Blatt: "Die politischen Ideen Bismarcks und Andrassys haben das mit einander gemein, daß sie die Hebung und Kräftigung der deutschen resp. ungarischen Nationalität bezeichnen, die beide von Russland bedroht sind. In der antirussischen Richtung treffen also Bismarck und Andrassy zusammen. Wenn Napoleon heute an Beust einen sehr schwachen Bundesgenossen hat, so hat Bismarck an Andrassy einen weit stärkeren und wenn Wahrheit und Idee den Sieg verleihen, so kann und wird dieser nicht auf Seiten Napoleons und Beusts sein, sondern er wird die Bestrebungen Bismarcks und Andrassys krönen."

Dieselben preußenfreundlichen Ansichten werden auch in den zahlreichen politischen Schriften des unter den Pseudonamen Boleslaw Swiercz sehr bekannten polnischen Publizisten, eines in der Emigration bekannten Littauers, entwickelt.

Deutschland.

△ Berlin, 18. Jan. Es erregt nicht geringes Befremden, daß bei den Verhandlungen über den Verkauf braunschweigischer Eisenbahnen nur immer von der Höhe der Summe gesprochen wird, nicht aber davon, was aus dem Gelde werden soll. Aus den Verhandlungen ist nicht zu ersehen, daß das aus dem Verkauf der Bahnen gewonnene Kapital dem Lande sicher gestellt werden soll, und doch ist es außer allem Zweifel, daß die Bahnen nicht dem Herzoge, sondern dem Lande gehören. Das Hauptaugenmerk müßten die Vertreter des braunschweigischen Landes also darauf richten, Garantien zu erhalten, daß das Kaufgeld dem Lande zu Gute kommt und nicht zu dynastischen persönlichen Zwecken verwendet werde. Es ist zu verwundern, daß Braunschweig, welches doch so viel konstitutionellen Instinkt besitzt, diesen Punkt nicht in den Vordergrund gestellt hat. Was nützt der hohe Preis, wenn nur ein geringer Theil des gewonnenen Kapitals dem Lande sicher gestellt wird? — Gegenwärtig wird an den Motiven zu dem Entwurf des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund emsig gearbeitet, damit dieselben gleichzeitig mit dem Entwurf selber an den Reichstag gelangen können. Die anderweitige Nachricht, nach welcher die Motive schon druckfertig seien und in allernächster Zeit zur Veröffentlichung gelangen würden, ist daher als eine sehr verfrühte zu bezeichnen. — Hinsichtlich des erwarteten neuen Preßgesetzes wird von einigen Korrespondenten behauptet, daß es sich dabei nur um die Modifikationen einiger administrativer Punkte in dem gegenwärtigen Preßgesetz handle. Wie man aber von unterrichteter Seite erfährt, wird der in Aussicht stehende Entwurf ein durchaus neues Preßgesetz im Umfange des bisherigen Gesetzes enthalten. Der Duncker-Ebertsche Antrag, welcher die Preß-Prozesse vor die Schwurgerichte verwiesen sehen will, hat keine Berücksichtigung finden können, weil diese Frage sachgemäß nicht durch das Preßgesetz, sondern durch die Strafprozeßordnung für den Norddeutschen Bund zum Austrage zu bringen ist. — Durch eine Verfügung vom 6. Oktober v. J. hatte der Minister des Innern angeordnet, daß die in der Strafanstalt seines Kreises detinirten Gefangenen ein jüdischen Glaubens an einer größeren Zahl von jüdischen Festtagen von Arbeiten freit werden sollte, als es bisher der Fall war. Es sind nun aber wiederholt noch weitergehende Anträge gestellt worden namentlich dahin, daß die jüdischen Gefangenen von der Verpflichtung zur Arbeit auch am Sabbath entbunden und dafür an den Sonntagen zur Arbeit herangezogen würden. Die Bedenken, welche gegen die Ausführung dieses Antrags namentlich in der Unvereinbarkeit mit der Anstaltsordnung bestehen, sind freilich unverkennbar, auf der andern Seite muß aber der Gewissenzwang in Betracht gezogen werden, der strenggläubigen Juden ansethan wird. Der Minister hat daher dem Antrage volle Berücksichtigung zu Theil werden lassen, hält es jedoch vor der Entscheidung für nothwendig, die k. Regierungen über die Angelegenheit gutachtlich zu hören und hat daher denselben eine Reihe von Fragen zur baldigen Beantwortung vorgelegt.

○ Berlin, 18. Januar. [Zur Kreisordnung. Interpellation in Angelegenheit der Eisenbahn von Memel nach Tilsit etc. Bundesrat. Zollverein. Statistische Konferenz. Zusammenkunft Nationalliberaler.] Mit dem Abschnitt der Kreisordnung, welche den Kreishauptmann und die Amtsbezirke betrifft, steht in der Debatte des Abgeordnetenhauses über die Kreisordnung eine der Hauptepisoden, wenn nicht ein völlig entscheidender Moment bevor. Es war daher nur der Situation entsprechend, daß eine allgemeine Debatte einleitend vorausgesetzt wurde; und wie groß der Drang ist, sich über das Thema auszusprechen, ergab die 30 Namen umfassende Rednerliste. Bemerkenswerth ist die Erklärung der Konservativen: entweder Ernennung des Amtshauptmanns durch den König, oder absolute Verwerfung der Vorlage, wenn nicht anders durch das Herrenhaus. Von Interesse war ferner die eingehümliche Auffassung der Dinge in der Gaestischen Runde und die darauf folgenden Entgegnungen der Abg. v. Unruh, u. Miquel. Allgemein ist man auf die Aeußerungen vom Ministertische aus gespannt, weil man annimmt, daß dieselben der Inhalt eines im Schooße des Staatsministeriums getroffenen Übereinkommens hinsichtlich der Konzessionen der Regierung sein mögen. Bisher haben der Minister des Innern und sein Kommissarius sich nur fleißig Notizen gemacht, morgen werden sie sich wohl vernehmen lassen. — Die Abg. Berger, (Witten) Miquel, v. Wedell haben, unterstützt von mehr als 150 Mitgliedern aller Fraktionen des Hauses eine Interpellation eingereicht, in welcher die k. Staatsregierung angefragt wird, ob und wann dieselbe den bereits in der vorigen Session von ihr verlangten Gesetzentwurf, betr. den Bau einer festen Brücke bei Tilsit und einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit dem Hause vorlegen werde. Die Interpellation wird wohl erst morgen zur Bertheilung und übermorgen zur Verlesung kommen. Es ist schon vor längerer Zeit die Ansicht verbreitet gewesen, daß in den zustehenden Ministerien eine große Neigung vorhanden sei, die Eisenbahnen von Bebra nach Hanau und von Tilsit nach Memel, womit wirklich dringenden Bedürfnissen des Landes entsprochen wird, zur Ausführung zu bringen, indem man sich der Ansicht hingab, es möchten die finanziellen Schwierigkeiten, welche Febr. v. d. Heydt entgegenstellt, jetzt unter den Aufsichten des Hrn. Camphausen geschwunden sein. Es ist zu erwarten, daß in der Begründung der In-

terpellation, falls sich an dieselbe keine Besprechung schließen sollte, auf die Beschaffung der Mittel, sei es nun unter Hinweis auf den begehrten Theil der Eisenbahnlinie, sei es aus andern bereiten Fonds hingewiesen werden wird. Diese Angelegenheit und das Preßgesetz möchten wohl noch in dieser Session zum Austrage gebracht werden. — Für die Einberufung des Bundesrats zur diesjährigen Session ist der 26. Januar und für die Einberufung des Reichstags der 26. Februar in Aussicht genommen. Nicht viel früher wird der Landtag schließen, so daß die vielen Mitglieder des letzteren nicht erst die Heimreise und die Rückkehr nach Berlin nötig haben. Dem Zollbundsrathe ist übrigens noch keine Vorlage gemacht, welche auf Einberufung des Zollparlaments hindeutete; nichts destoweniger scheint Letztere in den Intentionen an leitender Stelle zu liegen. — Der Wunsch der hier tagenden statistischen Konferenz, die Volkszählung nicht alle drei Jahre, sondern alle 5 Jahre einzutragen zu lassen, begegnet großen Schwierigkeiten. Es werden einem solchen Arrangement die Zollvereinsstaaten wohl beitreten, allein, da in dem Zollvereinsvertrage ein dreijähriger Turnus stipuliert ist, so wäre eine Abänderung des Zollvereinsvertrages zur Ausführung erforderlich. — Am 5. Februar werden die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei aus allen Provinzen Preußens und auch wohl aus anderen Staaten des Norddeutschen Bundes zusammentreten, um die Organisation der Partei zu besprechen und in die Hand nehmen. Nebemorgen sprechen die Abg. Dr. Johann Jacoby und Stadtrath Runge im II. hiesigen Landtagswahlbezirk vor ihren Wählern und zwar eifriger über die soziale Frage, Dr. Runge über die Session des Landtags und ihre bisherigen Resultate.

○ Berlin, 18. Jan. [Die preußisch-norddeutschen Militärbildungs- und Lehranstalten. Der Bildungsanspruch zum einjährigen Freiwilligendienst] Neuordnungs ist wiederholt und von verschiedenen Seiten eine Erweiterung der Kriegssakademie in Anregung gebracht worden, wozu für die Folge auch die Bereitwilligkeit überwalten soll. Außerdem steht noch die Errichtung von 2 neuen Unteroffizierschulen in Aussicht, doch verlautet mit Bestimmtheit, daß hiermit keinesfalls schon in diesem oder dem nächsten Jahre vorgegangen werden dürfe. Noch hat die Errichtung einer besonderen Artillerie-Unteroffizierschule als durch die Umstände dringend geboten, eine angelegentliche Empfehlung gefunden, und ist bekanntlich die Errichtung einer derartigen Anstalt für die Kadetten bereits vor zwei Jahren erfolgt. Noch nach dem Muster der preußischen Unteroffizierschulen ist soeben auch in Baden eine derartige Anstalt errichtet worden. Die preußisch-norddeutschen Militärbildungs- und Lehranstalten haben übrigens in Hinsicht der Anzahl ihrer Schüler und ihres Personals, wie in ihrer Ausdehnung einen Umfang gewonnen, welche nach beiden Beziehungen dem mancher kleinen Armee gleichkommen, und zwar bestehen die hauptsächlichen Anstalten dieser Art gegenwärtig folgende Einheiten: Die 7 Kadettenschulen enthalten zur Zeit 920 Kadetten und 720 Personen, wozu für die norddeutsche Armee als eine andre derartige Anstalt noch das sächsische Kadettenkorps zu Dresden mit 180 Kadetten hinzutrifft. Für die Offizierausbildung wirken außerdem die 6 vorhandenen Kadettenschulen, die Artillerie- und Ingenieurschule und die Kriegssakademie in Berlin mit einer Gesamtkräfte von etwa 900 Kadetten und 200 Offizieren. Das militärisch-technische Friedrich-Wilhelms-Institut enthält 72 und die derselbenattachte Militärakademie 80 Studirende. Die Militär-Rokarz-Schule besteht, ohne die zur Ausbildung von Geschützschmieden neuvergründete Lehrschmiede, 100 Schüler. Die vier vorhandenen Unteroffizierschulen enthalten außer dem Personal von Offizieren, Unteroffizieren, Handwerkern ic. einen Bestand von 1984 Fußlittern oder Unteroffizieren (Böglingen). Das Lehr-Infanteriebataillon, das sich in gewisser Beziehung diesen Anstalten anschließt, besitzt für die Sommermonate einen Bestand von 56 Unteroffizieren, 24 Soldaten, 575 Gemeinen. Dazu treten noch die Schießschule in Spandau mit 58 kommandirten Offizieren, 128 Unteroffizieren, 345 Gemeinen; das Militär-Reitinstut in Hannover und die damit verbundene Kavallerie-Unteroffizierschule mit 90 - 100 Offizieren und 180 - 190 Gefreiten; die Artillerie-Schule in Berlin mit 6 kommandirten Offizieren, 128 Mann; die Central-Turnanstalt mit 64 Offizieren und 162 Unteroffizieren; die Feuerwertschule mit 200 Schülern, und die Militärwaffenhäuser in Potsdam, Schloß Pritsch, Annaburg und Struppen, wovon die ersten 3 preuß. Anstalten, 1200 Kinder, darunter 950 Knaben, enthalten. Auch ohne diese Kinder, welche nur theilweise für den Armeedienst bestimmt sind, würde sich die Kopfzahl der Offizier-Apiranten, Mannschaften, Böglingen und Schüler auf den übrigen Militärbildungs- und Unterrichtsanstalten nach den geringsten Etatsätzen auf 6805 Köpfe berechnen, wobei sich außerdem die Unterrichtsanstalten der Marine noch nicht mit abgegrenzt befinden und wozu überdies dann noch das Offizier, Lehrer, Beamten, Aufsichts- und Bedienungs-Personal mit mindestens ebenfalls 600 Köpfen hinzutreten würde. — Die eben erlassene Ausführungsbestimmung für die Gleichstellung des Bildungsanspruchs zum einjährigen Freiwilligendienst in den neuen und alten Landeshäusern entsprechen genau den 1867 hierfür festgestellten Normen. Die Erfüllung der von verschiedenen Seiten gegebenen Erwartung, daß dieser Anspruch überhaupt eine Ermäßigung erfahren werde, steht deshalb von Seiten der Regierung keinesfalls zu gewärtigen. Um so mehr darf die Initiative hierzu von der Landesvertretung erwartet werden, welcher, da der erwähnte Ausgleich erst mit 1873 vorliegen ist, während die Revision der nord. Wehrverfassung schon 1872 stattfinden muß, die günstigste Gelegenheit zu einem derartigen Vorgehen geboten sein würde. Es handelt sich in diesem Fall darum, die Berechtigung zum einjährigen Freiwilligendienst wieder von dem bis 1861 gültigen Maß der Schulbildung abhängig zu machen. Auch können die obwaltenden Verhältnisse der Erfüllung des Anspruchs mindestens nicht als ungünstig erachtet werden. Wenn 1861 militärischerseits der Anspruch für diese Berechtigung auf den einjährigen Besuch der Sekunda eines Gymnasiums und der Prima einer Realschule erhöht worden ist, so lag dem die wiederholt ausgesprochene Absicht zu Grunde, jeden dieser Freiwilligen unmittelbar zum Landwehrhoffiziere vorbereiten zu wollen. Es erweist sich jedoch der Prozentsatz der seitdem wirklich zu Landwehrhoffizieren ausgebildeten einjährigen Freiwilligen um nur ein Geringes höher als vor dem bezeichneten Termin, wohl aber haben die letzten neun Jahre den Einblick gewährt, welche immense Belästigung und Beeinträchtigung die Vorbereitung dieser jungen Leute für ihren bürgerlichen Lebensberuf durch die erwähnte Steigerung erfahren hat. Der Regel nach die erforderliche Bildungsstufe erst mit dem zwanzigsten oder günstigstenfalls mit dem achtzehnten und neunzehnten Lebensjahr erreicht wird, so erweist sich namentlich die denjenigen Berufsbahnen, welche neben der wissenschaftlichen zugleich eine technische Vorbildung erfordern, die diesen jungen Leuten hierzu noch verbleibende Ausbildungsfest viel zu kurz, um sich darin genügend zu vervollkommen. Ganz ähnlich stellen sich die Bedingungen auch für diejenigen jungen Leute, welche sich dem Handelsstande, den Künsten, feineren Handwerken und der Landwirtschaft widmen. Der bürgerliche Anspruch steht demnach hierbei mit dem militärischen im direktesten

Widerspruch. Dem letzteren würde indeß durch die für eine eigentlich wissenschaftliche Laufbahn oder für die höheren technischen Leistungen vorbereiteten jungen Leute noch immer ausreichend genügt werden können und unterliegt es bei diesem Sachverhalt um so weniger einem Zweifel, daß hierbei der militärische dem bürgerlichen Anspruch ganz unmöglich als gleichberechtigt zur Seite gesetzt zu werden vermag. Zu bedauern bleibt, daß die Landesvertretung nicht schon 1867 ihr Augenmerk auf eine Änderung der in diesem Punkt obwaltenden Unzuträglichkeiten gerichtet hat, um so mehr erwähnt derselbe aber die Pflicht, bei der bevorstehenden neuen Gelegenheit diese Verzähmlich nachzuholen und für die hier austretende wichtige Frage einen günstigeren Zustand herbeizuführen.

— Die Reise des Kronprinzipialen Paars nach England wird, der „G. S.“ zufolge, nicht im Frühjahr stattfinden, sondern infolge eines im Juni zu erwartenden freudigen Familieneignisses möglicherweise bis in den Spätsommer verschoben werden.

— Die Verhandlungen mit der chinesischen Gesandtschaft sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Es ist dies, wie der „K. B.“ von hier gemeldet wird, durch einen Notenaustausch geschehen. Der Bundeskanzler Graf Bismarck, in seiner Antwort auf die Depesche des Ministers Burlingame vom 4. Januar, drückt seine Bestätigung über den Empfang der Gesandtschaft aus, sowie seine rücksichtlose Zustimmung zu der von Herrn Burlingame verfolgten Politik einer gerechten Auslegung der bestehenden Verträge und der Anerkennung Chinas als eines Gliedes der Familie der Nationen, das mit allen anderen europäischen Mächten zu allen Rechten und Vortheilen des internationalen Verkehrs berechtigt sei.

— Die Direktion der Berlin-Potsdamer und der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft haben mit der Berliner Handels-Gesellschaft ein Konsortium wegen Kautionsbestellung zum Ankaufe der braunschweigischen Staatsbahn abgeschlossen. Die Kautions haftet dafür, daß die Generalversammlungen den Ankauf genehmigen.

— Der in Solingen einstmals von den Stadtverordneten niedergewählte Bürgermeister Trip hat die Bestätigung der Regierung nicht erhalten. Als Grund dazu wird angeführt, daß Trip als Abgeordneter des Wahlbezirks Solingen im konstituierenden Reichstage sich dort zur Fortschrittspartei gehalten habe. Wie verhält sich diese Handlung des Ministers des Innern Grafen Gulenburg zu seinen versöhnlichen Neuerungen im Abgeordnetenhaus? „Wir sind seit 1866 Andere geworden“, sagte er, aber . . .

— Die „G. S.“ schreibt: „In der letzten Vorstandssitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde beschlossen, dem Abg. Wagner (Neu-Stettin) keine Diäten mehr auszuzahlen. Nach einer andern Version, die uns glaubwürdiger erscheint, hat das Präsidium vorläufig beschlossen Hrn. W. die Diäten nicht mehr, wie bisher, zu überenden und abzuwarten, ob er sich wirklich zum Empfange derselben melden wird. Dann erst würde es der Frage näher treten und eventuell einen Beschluß des Hauses erzielen. Red. d. Pos. 3.)“ An die Kasse des Bureaus, sowie an die Quästen des Hauses sind die betreffenden Instruktionen ergangen. Der Fall ist jedenfalls neu, daß ein Abgeordneter, der nicht durch Krankheit oder andere dringliche Veranlassung von den Sitzungen des Hauses fern gehalten wird, sondern frisch und wohlgenügt seinen Brusigkeiten nachzieht, monatlich 90 Thlr. einlaßt, ohne seit Beginn der Session einen Fuß in den Sitzungssaal zu setzen. Es war natürlich, daß die Uawille, namentlich bei dem Namensauftreten des betreffenden Abgeordneten, stets in so eklatanter Weise fand, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses endlich auf eine direkte Abschaffung des Standards Bedacht nehmen mußte.“

— Das Bundeskanzleramt hat sich jüngst in einem Birkular an die Bundesregierungen um Mitteilung der bei ihnen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über Prämien anleihen gewandt. Es ist dies vermutlich in Veranlassung der im Abgeordnetenhaus über die beabsichtigte Gewissensförderung einer Prämienanleihe stattgefundenen Debatten geschehen, bei welcher Gelegenheit der Handelsminister Graf Izenpflz u. a. schon erklärte, daß die Regierung den Ansichten beitrete, welche eine Regelung der Angelegenheit auf dem Wege der Bundesgesetzgebung für wünschenswert hielten. Was man nur über die von den Bundesregierungen eingezogenen Antworten antdeutet hört, zeigt jedenfalls, daß man hier vor einem schwierigen Thema steht.

— Der als Spezial-Kommissarius in Sigmaringen beschäftigte Regierungsrath Gersdorff ist an das Kollegium der General-Kommission in Werzburg verlegt worden.

Conitz, 13. Jan. Das hiesige Kloster wurde von seinem Grund und Hausbesitz zur Zahlung von Kommunalabgaben herangezogen. Dasselbe kam zunächst bei den städtischen Behörden um Befreiung von dieser Steuer ein, wurde indessen abschlägig beschieden. Wie man der „Br. S.“ schreibt, soll auf eine bezügliche Vorstellung bei der k. Regierung zu Marienwerder von dieser ebenfalls ein abschläglicher Bescheid erfolgt sein.

Breslau, 17. Jan. Dr. Wossidlo, Lehrer an hiesiger Realschule am Zwinger, ist zum Direktor der Realschule zu Tarnowitz gewählt worden. — Aus dem Eulengebirge wird uns berichtet, daß aus Österreich-Schlesien, aus Baden und Westfalen Osserien wegen Beschäftigung von Bergarbeitern eingegangen sind. Die Mittel zur Überstreuung sollen theils aus den Fonds der Gewerkevereine theils auf Kosten der Osserien beschafft werden. (Bresl. 3.)

Waldenburg, 16. Jan. Zum Strike schreibt man der „Bresl. 3.“

Durch Hrn. Dr. Max Hirsch aus Berlin sind bis zum 13. d. dem heutigen Strike-Komitee 13,337 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. Unterstützungen zugegangen. In dieser Summe sind diejenigen Beträge nicht beigezogen, welche direkt nach hier an Mitglieder des Generalrats gesandt worden sind, ebenso diejenigen viele Hunderte von Thaler, die von den durchreisenden Bergarbeitern in Breslau, Görlitz, Spremberg, Kotbus, Berlin, Burg, Altdorf, Hannover u. c. vertheilt worden sind. In Summa mögen bis zu genanntem Tage gegen 20,000 Thaler, darunter von den Anhängern Schweizers nur 200 Thaler zusammen gekommen sein. Der Etat der Strikeleitung wird vorzugsweise zur Unterstützung der auswandernden Bergleute verwendet werden. Die Auswanderungen nehmen ihren Fortgang. Außer mehr denn 300 Bergleuten, die in der Gegend von Dortmund bereits Unterkommen gefunden haben und den 150 Mann, die nach Österreich-Schlesien verlangt wurden und gründlich schon abgereist sind, (morgen geht der letzte Trupp dahin ab) werden in den nächsten Tagen die ersten Arbeiter nach Baden zu Tunnelbauten abgehen. Es kam zu diesem Behufe heut der Goldarbeiter Wittum aus Pforsheim persönlich hierher, um einige hundert Mann dahin zu geleiten. Seiner Herr ist der Vorsitzende des Gewerkevereins der Gold- und Silberarbeiter, welcher Verein bald zuerst die Bergleute mit ansehnlichen Spenden thatkräftig unterstützte. Die Verhältnisse in Österreich-Schlesien sollen ganz günstig abgängen. Wie die ersten Bergarbeiter dahin abgegangen sind, ist seitens des Gewerkevereins der Bergarbeiter ein Mitglied deputiert worden, die Verhältnisse dafelbst zu untersuchen und darüber zu berichten. Der Bericht hat ganz günstig gelautet, worauf hin erst die Auswanderung dahin begann. Auch jetzt weilt wieder ein Mitglied des Generalläters dafelbst, da noch für verschiedene andere Gruben in dastiger Gegend Arbeiter verlangt werden. Nach Polen ist bis jetzt kein Mann gegangen, obgleich da hin mehrere hundert verlangt wurden.

Aus **Kassel**, 13. Jan. schreibt man dem „Br. S.“: Viel besprochen wird hier ein in der Garnison von Grebenstein vorgelommener Fall von Misshandlungen der Mannschaft eines Husarenregiments, dessen Aufdeckung dem energischen Vorgehen des Kommandeurs zu danken ist.

Ein Husar hat sich darüber das Leben genommen, nachdem er den Grund zu seinem verzweiflungsvollen Schritt seiner Mutter nach Weimar gemeldet hatte. Auf den Jammer der Mutter klage ihr Fürst bei dem König, der strenge Untersuchung anzurufen befahl. Dieselbe soll zwei Offiziere auf das Schwerste gradirt haben, da die brutalen Unteroffiziere sich mit ihrem Befehle zu decken vermochten. Als Thatache wird versichert, daß ein Lieutenant mit mehrjähriger Festungsstrafe bestraft, dem Rittmeister der begleitete Abschied bis zum Austrag der Sache verweigert worden sei. Die beiden Offiziere, die man nennt, sind Hessen.

Nachen, 14. Jan. Man schreibt der „Ehrl. 3.“: Gestern erschien der Bürgermeister Bach von Hambach bei Jülich, der sich in dem Landrat von Gilgers'chen Denunziationsprozeß als den Verfasser der Denunziationschrift bekannt hat, vor dem Disziplinarhof der hiesigen k. Regierung, um wegen der Vergehen, die sie vor etwa 1½ Jahren erfolgte Suspension herbeiführt haben, Rde zu stehen. Er wurde, dem Vernehmen nach, freigesprochen; indeß soll der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Regierungsrath von der Mark, Berufung eingelegt haben.

Braunschweig, 16. Jan. Nach dem „Braunschw. Tagbl.“ wird die Eisenbahnsfrage erst am Mittwoch wieder zur Beratung kommen. Die Kommission ist dem genannten Blatte zufolge dahin schlüssig geworden, der Versammlung vorzuschlagen, den Verkauf unter Beibehaltung der übrigen, in dem früheren Kommissionsantrage gestellten Bedingungen zu genehmigen, wenn der Käufer (eine spezielle Bezeichnung derselben ist vermieden) zur einer Baarzahlung von mindestens 11 Mill. Thaler sich versteht und sich verpflichtet, nicht mehr, als 12 Mill. Thaler Aktien auszugeben. Von dieser Baarzahlung sollen mindestens 4 Mill. Thlr. auf die Kreise des Landes oder die einzelnen Kommunen zu gemeinnützigen Zwecken, nach noch zu verabredenden Grundsätzen vertheilt werden, und endlich soll nach Art des Kloster- und Studienfonds ein Fonds gebildet werden, aus dem gewisse Ausgaben zu provinziellen Zwecken geleistet werden sollen. Über die Höhe dieses Fonds ist kein Vorblag gemacht. Ein Mitglied der Kommission ist für pure Ablehnung jeder Verkaufs-Proposition.

Gotha, 17. Jan. Der Kreisgerichtsrath Keil ist auf höhere Anordnung verhaftet worden. Derselbe soll vor seiner Ernennung zum Kreisgerichtsrath der Unterschlagung von Geldern aus dem Depotum des Justizamtes sich schuldig gemacht haben, welches er bei Behinderung des ersten Beamten interimsistisch verwaltete. Keil war auch Mitglied des Landtags, aber sein Ruf scheint bereits sehr zweifelhafter Natur gewesen zu sein, denn er fiel bei allen Wahlen zu den Kommissionen durch, obwohl seine Kenntnisse und sonstige Besitzungen ihn zu einer solchen Wahl empfahlen.

Oesterreich.

Wien, 15. Jan. In der gestrigen Herrenhausitzung begann die Debatte über den Adressentwurf und verließ im wesentlichen wie folgt:

Beichterstatter Anton Auerberg verlas den Majoritätsentwurf, worauf Fürst Coblovitz das Minoritätsvotum begründete. Fürst Coblovitz sagte bei laufig Folgendes: „Ich erlaube mir, den Standpunkt der Minorität der Kommission im Allgemeinen schon hier zu präzisieren. Die Minorität stimmt den meisten schwungvollen Sätzen des eben gehörten Adressentwurfs unbedingt zu, aber sie bedauert, darin jenen Ton der Versöhnlichkeit und des Entgegenkommens gegen die widerstreitenden Provinzen zu vermissen, den sie erwartet hat. Vor allem Andern sei mit Nachdruck betont, daß auch die Minorität vollkommen auf dem Boden der Verfassung steht und jede Änderung nur im Wege derselben zulässig erachtet, allein sie ist überzeugt, daß Anträge, welche die Gegner verlangen, nicht bloss möglich, sondern im Interesse des Reichsfestes unumgänglich notwendig erscheinen. Sie spricht für Erweiterung der Autonomie, soweit dies ohne Beschränkung der notwendigen Einheit möglich ist. Das ist der oberste Grundfaß der Minorität.“ Arneth sagt, das Wort „Versöhnlichkeit“ sei nur Phrase. Wer wollte dafür einstehen, daß, wenn die czechischen Forderungen erfüllt werden, nicht in der deutschen Bevölkerung dieser Länder der Gedanke an jenes Reich erwachte, in welchem sie in gesicherter nationaler Existenz lebten. (Sensation) Kartitsch spricht gegen Pratovecera für den Adressentwurf. Fürst Sanguszko nennt die Majoritätsadresse eine Kriegserklärung. (Der Präsident Carlos ruft dieses Wort.) Neumann (für die Adresse) warnt vor einer Aufhebung des Volkes. Die an der Spitze stehend, versöhnen es und sind in Berlin und Petersburg wohl gelitten. Witrowski spricht hierauf gegen, Unger für die Adresse. Nachdem noch Jablonowski gegen und Hartwig für die Adresse gesprochen, wird die Generaldebatte geschlossen.

Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht die Antwort des Reichskanzlers Grafen Beust auf die Adresse der Reichenberger Handelskammer, von welcher derselbe bekanntlich in den böhmischen Landtag gewählt worden ist. Graf Beust erklärt darin, das Ziel seiner Wünsche sei kein anderes, als die Versöhnung aller unter dem Szepter des Kaisers lebenden Völker, welches Ziel er durch Preisgebung der Verfassung und des deutschen Elements nicht zu erreichen wähnen könne.“

Pest, 15. Jan. „Petit Naplo“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus der Militärgrenze, welche sich sehr befreit über die dortigen Verhältnisse äußert; die Verhügung Dalmatiens sei nur eine Komödi; später, wenn die Nachbarvölker bisser vorbereitet seien, werde man die Agitation in der Militärgrenze stärker wie früher aufzulösen sehen. Es sei deshalb die ärgerste Vorsticht notwendig, damit man von den Ereignissen nicht überrascht werde. — Der „Ugarische Lloyd“ fordert die Bergwerksbesitzer, namentlich die Altengesellschaften, und das Ministerium auf, die Auswanderung der waldenburger Grubearbeiter nach Ungarn zu verantlösen. — Der Ministerrat hat beschlossen, gegen das belgische Bankhaus Van Nuns wegen Bestechungsversuchen den Unterstaatssekretär Hollan in Brüssel das Strafverfahren einzuleiten.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. Wie verlautet, haben Dufaure und einige andere Mitglieder des pariser Advokatenstandes eine Versammlung abgehalten, worin sie sich dafür ausgesprochen haben, daß Ministerium Ollivier zu unterstützen. Die „Opinion nationale“ erklärt sich heute ebenfalls zu Gunsten des Kabinetts. Gelegenheit dazu bietet ihr die gestrige Rede Olliviers im Senat. Selbstverständlich ist die „Opinion“ in dieser Hinsicht nur das Echo des Prinzen Napoleon, welcher dem Chef des Kabinetts schon gestern unverhohlen seine Sympathie ausdrückte. Nochfort erklärt heute in der „Marshallaise“, daß er mit seiner Verfolgung äußerst zufrieden sei, ja, er trostlos sein würde, wenn man dieselbe aufgebe und so die Regierung nicht eine neue Befreiung zu denen hinzufüge, für welche das neue Kabinett verantwortlich sei. So zufrieden, wie er thut, soll Nochfort jedoch nicht sein. Zedenfalls sind 5 Jahre Gefängnis eine lange Zeit. — Unter den Schiffsräubern dauert die „Schuhzöllnerische“ Bewegung fort. Das „Journal du Havre“ meldet, daß alle Hafenplätze eine gemeinsame Gingabe beim gesetzgebenden Körper machen wollen, um die Revision des Gesetzes über die Handelsmarine zu verlangen. Bereits hätten Havre, Marseille, Bordeaux, Lorient, Dieppe, Bayonne, Cherbourg, Fecamp, Morlaix, Dunkerque, Granville, St. Malo, Boulogne, St. Vaast-la-Hougue und St. Valery en Caux in diesem Sinne energische Erklärungen abgegeben.

Paris, 18. Januar. (Tel.) Im gesetzgebenden Körper legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, betreffend das Budget der Stadt Paris, welcher die provisorischen Maßregeln fortsetzt, welche zu ergreifen sind, um den eingegangenen Ver-

pflichtungen der Stadt gerecht werden zu können. Hierauf erhält sich eine lebhafte Diskussion zwischen Gambetta und dem Justizminister Ollivier über die von dem Minister gestern gesprochenen Worte. Namentlich wird dem Minister vorgeworfen, seine Meinungen dem Erfolge anbequem zu haben. Ollivier verteidigt sich entschieden gegen diesen Vorwurf und hebt hervor, daß er seit 1857 sich stets entschieden gegen die Revolution, welche nur Zerstörungen und Unglück verursache, erklärt habe. Er habe die Regierung immer beschworen, die Freiheit zu gewähren, und nachdem der Kaiser die Freiheit gegeben, habe er sich der Aufgabe unterzogen, die liberalen Ideen zum Siege zu bringen. Die Rede des Ministers wurde Seitens der Linken, namentlich von Gambetta, mehrfach unterbrochen, was den Präsidenten veranlaßte, einen Ordnungsruf ergehen zu lassen. — Im Departement Haute Saône ist Marmier mit 11,318 Stimmen gegen Gouraud, welcher 8775 Stimmen erhielt, zum Deputierten gewählt worden. — Gerüchteweise verlautet, daß die Anklagesache gegen Nochfort am nächsten Sonnabend vor dem Zuchtpolizeigericht verhandelt werden wird. — Raspail ist gestorben an einer Lungenerkrankung gestorben. Die Beerdigung wird wahrscheinlich morgen auf dem Parc Châlais stattfinden. Es verlautet, daß eine starke Deputation von Raspails Wählern zum Begräbnis von Lyon hierherkommen werde.

Spanien.

Madrid, 17. Jan. (Tel.) Sorolla wurde zum Präsidenten der Cortes mit 109 Stimmen gegen Rios Rosas, auf den 61, und Figuerola, auf den 39 Stimmen fielen, gewählt.

Italien.

Florenz, 13. Jan. In einer Ansprache des Papstes an den General-Kanzler fiel besonders eine Neuzeitung auf, die so gedeutet werden konnte, als hätte Victor Emanuel anlässlich seiner jüngsten Krankheit seine politische Vergangenheit gelehnt. Den wahren Sachverhalt sieht man nun der „K. B.“ folgendermaßen mit:

Als man den König am Sterben glaubte, wurde er gefragt, ob er nicht die letzte Willung wünsche. Er erklärte sich bereit, und der Pfarrer von San Rocco, welcher schon früher vom Erzbischof von Pisa die Erlaubnis zu dieser heiligen Handlung erhalten, erhielt sofort. Der König beichtete und empfing die heiligen Sakramente. Nachdem die religiöse Handlung vorüber war, zog der Pfarrer ein Stück Papier aus der Tasche, und den Inhalt desselben, welcher eine formelle Verurtheilung der Politik des Königs war, diesem vorlesend, verlangte er, daß Victor Emanuel das Papier unterzeichnete. Der König erwiderte: „Das geht mich nichts an, das ist Sache meiner Minister.“ Hierauf schickte er und rief: „Führt mir diesen Priester fort! Ich kann Ihnen für die Genauigkeit dieser Erzählung bürgen.“

Kontre-Admiral Alton hat sich schließlich doch so weit erklärt, das Marineministerium zu übernehmen und fünf Millionen Fr. Ersparnisse hereinzubringen. Im Ganzen werden etwa 35 Mill. Ersparnisse gemacht werden; es ist dies an und für sich eine beträchtliche Summe, nur fällt sie im Verhältnis zu unermäßigen Debiten wenig ins Gewicht. Alton ist der Schwager des früheren Ministers Minghetti; er war früher Deputierter, wurde aber bei seiner Beförderung im Range nicht wiedergewählt.

In **Neapel** herrscht gegenwärtig eine feierhafte Aufregung wegen einer auf das Agio degradeten Spekulation. Einige Bankhäuser nehmen nämlich Depos von baarem Gelde an, welches sie mit 15—20 Prozent verzinsen; sie geben dafür Bons aus, die über Kapital und Binsen laufen. Alles disponible baare Geld strömt diesen Banken zu; woher dieselben die Mittel nehmen, um so hohe Binsen versprechen zu können, ist Geheimnis. Vor Kurzem ist zur Bekämpfung dieser Spekulation ein besonderes Blatt „Il Contro-Scilla“ begründet worden. Russo Scilla ist der Name des Veränders dieser Banken — dessen Polemik als bald zu einem Duell Anlaß gegeben hat, in welchem der Redakteur getötet wurde. Es wird dieses Unwesen vermutlich in der Kammer zu einer Interpellation veranlaßt geben.

Aus **Rom** wird unterm 11. Jan. der „Nat. Bzg.“ geschrieben:

Dem Vernehmen nach wurde in der gestrigen Sitzung des Konzils der Antrag eingebracht, den Papst, wenn er ex cathedra spricht, für infallibel zu erklären. Unterzeichnet ist das Aktenstück von Engländern, Belgieren, einigen Amerikanern und etlichen orientalischen Bischöfen. Man wird sich erinnern, daß es von Anfang an nicht die Absicht war, das neue Dogma durch die Kurie selbst dem Konzil zu unterbreiten; aus seiner eigenen Mutter heraus sollte diese Vollendung des hierarchischen Systems beantragt werden. Der Antrag geht zunächst an die Kommission, welche die Vorschläge der Bischöfe zu prüfen hat. — Die Zahl der unbedingten „Infallibilisten“ schätzt man auf fünfhundert, unter ihnen genießt die Spanier eines großen Ansehens wegen der Würde, mit welcher sie sich zu behaupten wissen und wegen ihrer großen theologischen Gelehrsamkeit. Diese befrünt sich freilich im Besonderen auf die genaue Kenntnis einiger Kirchenväter und des kanonischen Rechts, sowie auf eine große Übung in scholastischen Untersuchungen. — Den fremden Diplomaten, die beim heiligen Stuhl akkreditirt sind, ist jede Möglichkeit genommen, offiziell auf das Konzil und seine Verhandlungen einzutreten, wie es bei früheren Kirchensessionsungen der Fall war. Der Kardinal-Staatssekretär Antonelli verweist sie einfach darauf, daß er auf das Strengste zu unbedingtem Schweigen verpflichtet sei. Ebensoviel scheint es bis jetzt gegliedert zu sein, auf die einzelnen Bischöfe einen bestimmten Einfluß auszuüben; sie suchen vielmehr im Allgemeinen ihre Unabhängigkeit mit einer gewissen Eifersucht zu bewahren.

Die „Union“ berichtet über eine der letzten Massen-Audienzen die der Papst am 9. Jan. gegeben hat und wo zu sich über 1500 Personen aller Nationalitäten eingefunden haben. Der Papst hielt dabei eine Rede vom Throne, worin er gesagt haben soll:

„Einige glauben, daß Konzil werde Alles ins Geleis bringen und alle Trennungen aufheben, die zwischen den Menschen seien. Aber das Herz und der Kopf der Menschen können nur von dem himmlischen Vater geändert werden, der allein die Macht hat, das Angesicht der Welt zu erneuen. Die Anderen glauben, daß diese Versammlung zu nichts führen werde, und lachen darüber. Ich bin nur ein Mensch, ein armer und elender Mensch, aber ich bin der Papst, der Stellvertreter Jesu Christi, das Haupt des katholischen Kirchen, und ich habe das Konzil berufen, und das Konzil wird das Werk Gottes thun. Angehörige Weise wollen, daß man mit manchen Fragen schieden umgehe und nicht, wie sie sagen, gegen den Strom der Ideen der Zeit angehe. Ich aber sage, man muß die ganze Wahrheit sagen, man muß sich niemals fürchten, sie zu proklamieren und den Irthum zu verbannen. Ich will frei und unabhängig sein. Um die Angelegenheiten der Welt bekämpfen, ich mich nicht, ich thue das Werk Gottes. der Kirche, des heiligen Stuhls und der ganzen christlichen Gemeinschaft. Betet also, betet und zwinge den heiligen Geist durch eure Bitten, einzutreten und die Väter des Konzils zu erleuchten, damit die Wahrheit triumphiere und der Irthum besiegt werde.“

in der Nähe der Grand Trunk und der Great Western Bahn zur Unterbringung von Auswanderern zu errichten.

Russland und Polen.

?? Petersburg, 15. Jan. „Now. Wrem.“theilt mit, daß das Handelsministerium eine wichtige Reform der Stempelsteuer vorbereitet. Bisher gab es Stempelbogen zum Preise von 20, 40, 70 Kopeken und 1 Rubel. Diese Abstufungen sollen nun aufgehören, um einer einheitlichen Stempelmarke Platz zu machen. Und zwar soll es fortan nur Stempel à 40 Kopeken geben, gleichviel ob sie für Schreiben an die Gerichte, die Gouvernements oder Ministerien verwendet werden. Überhaupt sollen nicht mehr wie bisher Stempelbogen ausgegeben werden, sondern Stempelmarken, welche jeder auf sein Schriftstück zu kleben hat. Bill Demand von den Gerichten Kopien von Altenstücken eignahmen, so hat er ja nach der Zahl der Altenbogen ebenso Stempelmarken à 40 Kopeken zu entrichten. Sonst soll seinerlei Bezahlung von Privatpersonen geleistet werden, wenn sie in ihrem Interesse mit den Behörden zu verkehren haben, dagegen wird von Kaufkontrakten ein entsprechender Betrag erfordert und zum Beischen dessen auf dem Amt ein Stempel eingedrückt werden. Ist diese Nachricht der „Now. Wrem.“ verbürgt, so enthält sie allerdings einen wichtigen Fortschritt, denn in keiner Verwaltung zweige ist sowiel Missbrauch getrieben worden, als in demjenigen der Stempelsteuer. Die Rekten (Notare) und Advokaten, welche für Ausländer hier im Inlande die prozessualische Vertretung übernommen hatten, pflegten außer der Liquidation ihrer Mühmaltung auch noch horrende Stempeliquidationen von ihren Mandataren einzuziehen, die oft das ganze Prozeßobjekt überstiegen.

Petersburg, 16. Jan. (Tel.) Der Schah von Persien hat den russischen Handelschiffen den freien Eingang in die persischen Häfen des kaspischen Meeres gestattet.

Türkei und Donaumärkte.

Egypten. Die internationale Kommission, die in Kairo sich mit der Gerichtsordnung in Egypten beschäftigt, hat auf Antrag der österreichischen Kommission in der vierten Sitzung beschlossen, daß in Alexandria, Kairo und Bagazig je ein Gericht erster Instanz, dessen Mitglieder in der Mehrzahl europäische Rechtsgelehrte sein und von der egyptischen Regierung bestellt werden müssen, in Alexandria ein Appellhof und in Kairo das Obertribunal errichtet werden soll.

Aus Kairo vom 15. Jan. wird telegraphiert: „Der Gouverneur von Bagdad macht die Meldung, daß der durch den Suezkanal bei dessen Einweihung gegangene Dampfer „Babel“ in Bassorah angekommen sei und auf denselben Wege zurückkehren werde. So wäre die Schiffs- und Handelsverbindung denn zwischen dem Mittelmeer und dem persischen Meerbusen resp. Mesopotamia eröffnet. Der große Pilgerstrom, der nach Mecca zieht, hat die egyptische Regierung zu solchen Sanitätsvorkehrungen veranlaßt, daß der Gefahr eines Ausbruchs der Cholera dadurch vorgebeugt ist.“

Kairo, 18. Jan. (Tel.) Die internationale Kommission für Herstellung von Justizreformen hat gestern ihre Sitzungen geschlossen. Der gemeinschaftlich abgeschaffte Bericht erkennt die Notwendigkeit von Reformen an; dieselben sollen von der Regierung für Zivil- und Kriminaljustizpflege vorgeschlagen werden.

Asien.

Peking, 18. Dez. Der Kaiser hat den mit der Regierung der Vereinigten Staaten abgeschlossenen Handelsvertrag ratifiziert. Mr. Burlinghams Mission in Europa ist zu einer permanenten gemacht worden. In der Provinz Schansi und an anderen Orten haben die Kaiserlichen Siege errungen.

Vom Landtage.

49. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 18. Januar. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministerialtheater Graf Eulenburg, v. Seckow, Reg.-Kommissar Peters. In der Hofloge wohnt der Kronprinz der Sitzung bei. — Die Vorberatung der Kreisordnung sieht vor dem vierten Abschnitt, welcher von den Amtsbezirken und dem Amtshauptmann handelt. (§§ 39 bis 60) Auf Vorschlag des Präsidenten wird mit Rücksicht auf die überaus große Anzahl von Amendements widersprechender Tendenzen, welche zu diesem Abschnitt vorliegen, eine allgemeine Debatte über denselben eröffnet, zu der sich 30 Redner melden: 16 gegen, 14 für die Vorlage. Zu bestem Verständniß derselben stellen wir die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage zusammen: die mit dem Besitz eines Gutes verbundene polizeiobrigkeitliche Gewalt wird aufgehoben, die Ausübung derselben ist fortan ein königliches Amt; behufs Verwaltung der Polizei- und anderer öffentlichen Angelegenheiten wird der Kreis mit Aus schlus der Städte im Amtsbezirk von 2—10,000, im Durchschnitt von 4 bis 6000 Seelen getheilt, doch auch kleinere, resp. gröbere Bezirke unter Umständen zulässig; der Amtshauptmann, vom Könige berufen, verwaltet die Polizei im Namen des Königs unentgeltlich als ein Ehrenamt; der Kreistag reicht alljährlich eine Liste der zu diesem Amt geeigneten Personen ein, welche im Amtsbezirk ihren festen Wohnsitz haben, und wenn möglich, Besitzer größerer Güter, industrieller Establissements, Pächter und dergleichen sein müssen; der Amtshauptmann und sein Stellvertreter werden auf drei Jahre ernannt; fehlt es an der geeigneten Person, so wird die Stelle von der Regierung kommissarisch besetzt; außer der Polizei in ihrem vollen Umfange, soweit sie nicht dem Landrat oder anderen Beamten durch Gesetz übertragen ist, hat der Amtshauptmann die Aufsicht über die Kommunalangelegenheiten der zum Bezirk gehörigen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke, die Entscheidung zwischen den Armenverbänden und der Verpflichtung der Un gehörigen zur Unterstützung, die Ueberweisung in eine Arbeitsanstalt, die Erziehung der Konfession zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft, wie zum Kleinhandel mit Getränken gemäß § 33 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, die interimsistische Entscheidung von Streitigkeiten zwischen selbständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen und Lehrlingen; alle diese Befugnisse übt in den Städten der Magistrat aus; die Aufsicht über den Amtshauptmann führt der Landrat, durch königliche Anordnung kann er jederzeit seines Amtes entbunden werden; ein Gesetz regelt seine polizeiobrigkeitlichen Befugnisse; die Kosten für seine baaren Auslagen in Amt sowie für die Amtspolizeiverwaltung überhaupt trägt der Kreis mit Aus schlus der Städte.

Abg. Bethusy-Huc (für die Vorlage): Unter den Rufen nach Reorganisation in den letzten Jahren ist keiner so laut ertönt, als der nach Reorganisation unserer Kreisverfassung. Jetzt, wo ein derartiger Entwurf vorliegt, ist mit der Verzeihung der Ungleichheit des bisherigen Zustandes gleichzeitig auch mehrfacher Widerspruch der verschiedenen Parteien gegen die Vorlage wahrscheinlich gerufen, zunächst seitens der Polen. Bringen wir jedoch diesen Herren das Vertrauen entgegen, das allen Staatsbürgern gebührt, dann wird ihr Widerspruch wirkungslos verhallen. Die liberale Partei ferner sieht in den Amtshauptleuten eine aristokratische Institution, die eine Präponanz der höheren Gutsbesitzer fehlalte; zugleich auch eine bureaucratische, welche das bisher zu Wahltagungen gemäßbrauchte politische Vorrecht durch so und so viel Amtshauptleute vertriebenen und der Regierung zu ungesehener Anwendung ihres ohnehin starken Einflusses Gelegenheit geben werde. Alle diese Befürchtungen sind unbegründet, so lange man das Amt als unbesoldetes Ehrenamt hinstellt, oder man ist überhaupt voll Mißtrauen gegen das Unabhängigkeitsgefühl der norddeutschen Nation. Auch meint man, die Amtshauptleute genügen nicht als Beamte für die kommunale Selbstverwaltung, die doch erfrebt werde. Ich kann darauf nur erwidern, daß sie mir das best. Bindemittel für die kommunalen Atomie zu sein scheinen. Herr Laster will seine Befürchungen Sie sich nicht, m. H. Sie können ohne dasselbe kein Gesetz machen und werden also Ihre Prinzipien von Selbstverwaltung nur durchführen, wenn Sie stets im Auge behalten, was auch im Herrenhaus Befürchtung findet. Die liberale Partei verwirft aber die Amtshauptleute noch, weil sie dieselben für ungeeignet hält, als Basis der Selbstverwaltung zu dienen, so lange sie nicht aus freier Wahl der Amtsbezirke hervorgehen. Das würde dem Begriff der Exekutive, die die Amtshauptleute haben sollen, und an deren Spitze in allen Fällen die Krone steht, widersprechen. Ich würde nur dann gegen die freie Wahl nichts einzuwenden haben, wenn der Regierung das Besitzungsrecht verbleibt. Die konervative Partei endlich wendet gegen die Amtshauptleute ein, daß es unzulässig sei, den Herren, die bisher proprio iure ein mühselloses Geschäft übernommen hät-

ten, jetzt einer Wahl zu unterwerfen und mit Arbeiten zu belasten. Dieses proprium ius des Adels ist aufgehoben, seitdem der Güterkauf im Interesse und zur Erhaltung der früheren Besitzer freigegeben ist. Ohne Arbeit regieren zu wollen, ist Unfug. Wollen daher die Herren die Regierung des Vaterlandes behalten, so mögen sie sich der Goetheschen Worte erinnern: „Was Du ererbst von Deinem Vater hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Die Einwürfe, daß das Institut der Amtshauptleute ein demokratisches sei, und daß sich Niemand finden werde, um es zu übernehmen, sind grundlos. Ich aber kann nicht umhin, der hochkonservativen Partei einen Vorwurf zu machen. Sie gab sich in den letzten Jahren den Ereignissen ganz hin, hatte aber nicht den Mut und die Arbeitslust, diejenigen Dinge im Innern des Staates herauszugreifen, die einer Aenderung bedürfen (Heiterkeit). Sie hat sich in keiner Beziehung aktiv gezeigt, sondern nur passiv; das aber ist kein männlicher, sondern ein weiblicher Konservatismus (Allseitige Heiterkeit). Die Geschäfte eines Amtshauptmanns im großen Bezirk werden in 4 bis 8 Stunden pro Woche zu erledigen sein, regiert der Mann mehr, so regiert er schlecht. Deshalb müssen auch die Kosten möglichst niedrig bemessen werden. Bewilligen wir zu freigebig, so wird sich der Amtshauptmann einen Schreiber halten, der in der Verwaltung bald das Übergewicht bekommt und wenn er gewissenhaft ist, in Dingen hinreichend wird, die ihn nichts angehen. Dann haben wir wieder die Bureaucratie, die wir vermeiden wollen. Ich meine aber, solche Kleinigkeiten, wie Amtsbestände und dergleichen Bureaurbeiten, wird sehr wohl die Frau unter Leitung ihres amtschauptmannischen Ehemannes besorgen können. (Sturmische Heiterkeit) Ja, meine Herren, so denke ich mir das Innere eines Amtshauptmannshauses; meine Frau würde zu dergleichen Geschäften sehr gern bereit sein. Ich sehe darin auch gar nichts so Ungewöhnliches. In England und Frankreich sind ja die Frauen bereits Postbeamte. (Heiterkeit.) Die Geschichte zeigt, daß keine Maßregel ins Leben getreten ist, ohne daß nicht von Dreiviertel der Bevölkerung der Sinn des Landes daraus prophezeit ist. Daß gerade dieser Abschnitt zu heftigen Angriffen geführt hat, freut mich um so mehr, als es bis jetzt keiner Partei gelungen ist, wirklich Bessereres an die Stelle des Amtshauptleute zu setzen. Ohne diese unerlässliche Basis der Selbstverwaltung werden wir eine lebensfähige Kreisordnung nicht zu Stande bringen; ohne sie ist eine Neorganisations der Provinzialvertretung unmöglich, und ohne diese ein Fortschritt in unserer nationalen Entwicklung, die doch das Ziel unseres Strebens bildet. Versuchen wir diese Entwicklung zu fördern auf dem Wege der Organisation im Innern dadurch, daß wir ein Preußen schaffen, in welchem die alten Traditionen der Zucht und Ordnung nicht aufgegeben werden. Zeigen wir, daß Freiheit und Zucht nicht Gegenseitige, sondern Korrelate sind! (Beifall.)

Abg. Glasler vertheidigt die Konservativen zunächst gegen den Vorwurf der Weiblichkeit. Frauen sind wankelmäßig und wollen stets vermittelnd und das, meint Redner mit einem Seitenhieb auf den freikonservativen Vorredner, thäte die altkonservative Partei nicht. Das Institut der Amtshauptleute hält Redner für unmöglich. Unsere Gutsbesitzer haben für ihre Familien zu sorgen und werden die Geschäfte des Amtshauptmanns nicht nebenher umsonst erledigen können. Außerdem würde es auch an geeignete Personalkeiten fehlen.

Abg. v. Brauchitsch (Elbing): Die Thatsache, daß der § 27 ganz gestrichen sei und der Gemeindenvorsteher in der Luft schwabe, hat im Lande ebenso einen übeln Eindruck gemacht, wie man aus anderweitigen Aenderungen der Vorlage nur das Scheitern derselben mit Sicherheit voraussagen kann. Mit der Aufhebung der Polizeiobrigkeit erklärt die konservative Partei sich einverstanden. Es ist das ein großes Opfer und der Staat verliert dadurch nicht wenig, denn diese Polizei war billig, unbekämpft und prompt. Aber ich stimme bei, daß mit der eingetretene Kauffreiheit auch die Polizeiobrigkeit fallen muß. Ist nun das von der Regierung vorgeschlagene Institut ein geeigneter Ersatz? Es hätte viel Vorliebe für die Einführung des englischen Systems, habe mit aber doch enthalten, bezüglich Amendements eingubringen, weil im Ganzen unsere preußische Organisation nicht recht verträglich damit sein würde. Ich empfehle Ihnen aber doch eine gewisse Klüssigkeit der Amtsbezirke und bin daher für das Amendingement Großthe, wonach der Umfang und die Zusammensetzung der Amtsbezirke unter möglichster Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse nach dem Bedürfnisse der Einwohner des Bezirks und einer zweckmäßigen Verwaltung zu bemessen ist. Die Stelle des Amtshauptmanns wird hauptsächlich vom großen Grundbesitz ausfüllt werden und er wird mit Freuden dies Amt als ein Ehrenamt verwalten. Aber so wie Sie an die Stelle der königlichen Erneuerung die Wahl des Amtshauptmanns setzen, ist die Kreisordnung tot (Heiterkeit), während wir sonst all unseren Einfluß hier und im Herrenhause (Bewegung) ausüben werden, daß die selbe zu Stande komme. Redner beruft sich auf das Werk des Abg. Oneist (Aha! links) über die englische Kommunalverfassung, in welcher sich derselbe durchaus für das Prinzip der königlichen Erneuerung ausspricht. (Redner verliest mehrere Passus.) Ebenso bezieht sich mich auf John Stuart Mill, welcher ausdrücklich sagt: „Vollziehende Beamte können nicht durch Wahl ernannt werden, es ist lächerlich, daß Beamte durch Abstimmung ernannt werden sollen.“ Wir stellen ferner die Bedingung, daß das neue Institut der Amtshauptleute keine oder doch auf ein Minimum zu reduzierende neue Kosten verursacht, und endlich, daß die ehrenamtliche Stellung der Amtshauptleute absolut sicher gestellt wird. Nur auf dem Boden dieser neuen Kreisordnung ist die Korrektion des Wahlrechts zum Reichstage und Abgeordnetenhaus möglich, nur auf diesem Boden ist die Einführung einer gerechten direkten Besteuerung möglich, nur von hier aus können wir auch der sozialen Frage näher treten. Werfen Sie daher dem Zustandekommen der Kreisordnung nicht solche Knüttel und Steine in den Weg, als es bisher geschehen ist; auch wir können das Warten aufhalten, aber wir wollen die Verantwortung für ein ewiges Scheitern nicht übernehmen.

Abg. Koppe: Das Institut der Amtshauptleute ist im Lande durchaus nicht ohne Bedenken geblieben. Man erwog namentlich den großen Geschäftsumfang, der denselben übertragen und unentgeltlich erlebt werden soll; deshalb dürfen die Amtsbezirke nicht zu groß gemacht werden. Das zweite Bedenken gegen die Höhe der Kosten erledigt sich dadurch, daß in den Amtsbezirken nur die Verwaltungskosten sein werden. Gadlich erregt auch die Art der dem Amtshauptmann übertragenen Geschäfte manchen Anstoß; es ist gewiß nichts Angenehmes für ihn, als nackter Polizeibeamter fortwährend mit Strafen, Verboten und dergl. vorgehen zu müssen. Diesen Nebelstand werden Sie nur vermeiden, wenn Sie dem Amtshauptmann eine Vertretung des Bezirks zur Seite stellen; dadurch allein können Sie eine lebensfähige Wechselwirkung zwischen Amtshauptmann und Gemeinde herstellen. Aber lebensfähig wird die Stelle des Amtshauptmanns nur, wenn er wählbar ist. Der Ursprung aus der Wahl sichert ihm den Einfluß, dessen er bedarf, um wichtige Einrichtungen in seinem Bezirk zu schaffen und wenn diese Einrichtungen über die dreijährige Dauer seiner Amtsführung hinausbrechen, so wird er den berechtigten Ehrgeiz haben, aufs Neue gewählt zu werden. Die Amendements der liberalen Partei (Miquel-Basker) sind daher dringend zur Annahme zu empfehlen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Naruh: Wenn der Abg. Oneist aussprach, es sei ein Grundgesetz der exekutiven Polizei in allen Kulturstaaten der Welt, daß der Gendarman kontrolliert werde durch einen höheren Verwaltungsbeamten, dieser wieder durch seinen Vorgesetzten und so weiter hinauf bis zum Minister des Innern, so scheint mir, daß der Vorgesetzte nur die Rolle eines höheren Gendarman spielt und der Minister selbst nur den obersten Gendarman darstellt. In England aber steht der Policeman unter der Kontrolle des Publikums, dem das Gesetz das Widerstandsrecht bis zur Tötung des Mannes zuerkannt, falls derselbe ungesetzliche Forderungen stellen sollte und was ihn dort so auffallend häßlich und angenehm macht, das ist, wie die Engländer selbst sagen, die Erziehung des Polizeibeamten durch die Rüppenföhre, die ihm das Publikum ertheilt, und durch die Strafen, zu denen die Gerichte ihn verurtheilen. — Bei uns freilich hat Feder den Polizei-Appellationsgericht in allen Stücken Folge zu leisten, und wenn die Vorgesetzten des Beamten nicht eine Überschreitung seiner Amtsbefugnisse anerkennen, so ist jede Möglichkeit weiterer Verfolgung abgeschnitten. In England konnte es ohne ein besonderes von Krone und Parlament genehmigtes Gesetz nicht durchgeführt werden, das Rauchen auf den Eisenbahnen zu verbieten. Einzelne Verwaltungen versuchten es, das Publikum kümmerte sich jedoch nicht darum und rief, als man mit Strafen vorgehen wollte, den in England omnipotenten Richter an, der auf Freispruch erkannte. Es fällt mir nicht ein, dem Abg. Oneist seine großen Verdienste um die Erforschung des englischen Rechts und englischer Verwaltung abzusprechen, wenn er aber meint, daß Niemand etwas von dem dortigen Selbstgouvernement verstehe, als wahrscheinlich er selbst, so bemerke ich doch, daß es eine Menge Leute gibt, die wenigstens Einges darüber aus seinem Buche gelernt haben. Bedenkt ist er nicht berechtigt, Abstraktionen aus dem englischen Zustand auf unsere Verhältnisse zu übertragen, die auf total anderen Grundlagen beruhen. In England hat niemals eine Bureaucratie in dem Sinne geprägt, daß ein ganzes vom König ernanntes Beamtenheer von der Spitze bis zu den untersten Schichten die Verwaltung des Landes geführt hätte, wie dies bis jetzt noch bei uns der Fall ist. Die Regierung war nie in England in der Weise eine absolute wie hier, die Aristokratie stets eine andere als bei uns. Während dort die Würde des hohen Adels sich nur auf den ältesten Sohn fortsetzt, hat bei uns ein Graf gleich 10 Söhnen und dies Verhältnis ist nicht ohne Folgen geblieben. Mit einem Mitglied des hohen gründbesitzenden Adels ist es auch hier viel leichter, sich über irgend eine neue gesetzgebende Schöpfung zu verständigen; wen aber allen Fortschritten hemmend entgegentreten, das ist der kleine verschuldete Hof- und Patentadel, der bei uns eine so große Rolle spielt. (Sehr richtig!) Ich will damit nicht sagen, daß deshalb die hiesigen Verhältnisse durchweg hinter den englischen zurückstehen; ich begrüße es z. B. mit Freuden, daß hier der Adel es nicht verschmäht, sich mit dem Bürgerthume zu vermischen und in dieser Beziehung sogar ohne Rücksicht auf das Glaubensbekennnis verkehrt. (Heiterkeit.) In England fällt es keinem Ministerium ein, sämtliche Beamtenstellen nur durch Leute zu besetzen, die sein politisches Programm teilen, wie dies unser Ministerium als seine Aufgabe proklamirt hat; kurz, unser Verhältnisse sind andere und ich habe ebenso wenig Lust, mich amerikanisieren wie — zum Engländer machen zu lassen. (Große Heiterkeit) Redner geht hierauf auf die Vorlage selbst näher ein, bezüglich deren er sich die Ausführungen des Abg. Koppe anschließt. Auch er will in erster Linie kleine Amtsbezirke; dadurch werde nicht alle die Verwaltung selbst eine bessere werden, sondern es falle auch die Notwendigkeit der Anstellung von Unterbeamten fort, die gar zu leicht einem Scheffel Erben angänglich würden. Er selbst wünsche von Herzen eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse, bevor er über Bestimmungen annehme, die die Verwaltung vollkommen bürokratisch machen, verwerfe er lieber die ganze Kreis-

antwortlichkeit komme es nur darauf an, daß die Gesellschaft ihre Repräsentanten wählt, diese wählt den Minister, dieser dirigirt den wirklichen Apparat durch eine Kette von Beamten u. s. w. Dabei könne man sich alle Mühe und Verantwortlichkeit der Selbstthätigkeit ersparen. M. H.!

dieser Irthum ist verhängtvoll. Es ist praktisch unmöglich, einen so organisierten Beamtenstaat wie den unfrigen, in Verbindung zu bringen mit einem parlamentarischen Körper und beide zusammenzuschließen zu einer gesetzmäßigen Regierung, so lange die Gesellschaft nicht sich entschließen will, die mühsame und undankbare Pflicht der obrigkeitlichen Aemter bis zum Maß der Möglichkeit selbst zu übernehmen. Auch wir m. H. haben jenem Irthum unserer Zeit unsern Tribut gezahlt durch Überzeugung der belgischen Verfassung und anderer Musier. Wir haben dabei sogar die Garantien des Rechtsstaates, die wir in der absoluten Monarchie hatten, zum großen Theile aufgegeben, ohne doch in den neuen Verhältnissen dafür einen Ersatz zu finden. Es macht daher gewiß dem Rechtsstaat unserer Zeit alle Ehre, wenn wir uns immer gefragt haben: wir wissen die Garantien einer gesetzmäßigen Handhabung des öffentlichen Rechts innerhalb dieser Verfassung gewinnen. Es ist ein Grundcharakter der deutschen Nation: sich gesetzmäßig regieren zu wollen. Wie es hierzu gestellt ist, darüber geben die Gedanken auseinander. Das natürlichste ist die Idee, man könne die nötige Rechtskontrolle schaffen durch die Kreisräte. Das ist aber nur in sehr vereinzelten Fällen möglich. Das eigentliche Element der inneren Verwaltung besteht in Zwangsmahzregeln zur Förderung des öffentlichen Wohls und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit. Wir nennen dies Element Polizei. Diese Gewalt ist die bestimmende Gewalt für alle Zweige der Verwaltung. Von der Gestaltung der Polizei zu sprechen, ist ein sehr undankbares Thema, und doch besteht hierin der Hauptinhalt der Selbstverwaltung. Die Polizei ist unbeliebt bei Federmann, bis zu dem Tage, wo sie gebraucht wird. Das bleibt sie auch in dem System der Selbstverwaltung. Das Gesetz unserer exekutiven Polizei, die sich im Gendarman verkörpernt, lautet: Federmann im preußischen Staat ist schuldig, unbedingt Gendarman zu leisten einer Anordnung des Gendarman, die er im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung trifft. M. H., begeben Sie sich auf den praktischen Boden und bauen Sie die Selbstverwaltung von diesem Grunde aus auf. Worauf es ankommt, das ist die Kontrolle der nach diesem Grundsatz verfahrenden Beamten. Der ganze Grundcharakter einer Staats-Verfassung hängt das von der Beantwortung folgender Frage: Wer hat in diesem Lande die Gendarmankontrolle und wie werden sie kontrolliert? Die bisherige Art der Kontrolle wollen wir nicht mehr. Wie soll sie dann sein? Wir müssen unsere Vorstellungen von Selbstverwaltung bis zu dem nächsten Höhepunkt schärfen, das höhere obrigkeitliche Amt selbst verwalt zu wollen. Wir müssen in die executive Gewalt einen andern Geist bringen von unten heraus, wir müssen ihm Konkurrenz machen in seinem Personal. Es ist nicht möglich, das Beamtenhaupt zu verändern in seinen Funktionen, aber es ist möglich, an der entscheidenden Stelle die geschlossenen Reihen des Beamtenhauptes zu ergänzen durch diejenigen Klassen der Gesellschaft, die bereit sind, diese Aemter als Ehrenämter zu führen; es ist das nicht nötig im ganzen Umfange, aber an der Stelle, wo der Gendarman kontrolliert wird. Dem Berufsbeamtenhaupt muss aus den gebildeten Klassen der Gesellschaft ein Ehrenbeamtenhaupt mit dem vollen Bewußtsein der Gleichheit gegenüber gestellt werden. Zu dieser Konkurrenz der gebildeten Gesellschaft mit dem Beamtenhaupt will diese Vorlage die Möglichkeit und gewissermaßen auch den Zwang schaffen. Dieser Zwang bedarf einiger Normativbedingungen, und diese werden in den gegenwärtigen Beschäftigungen gegeben. Täuschen Sie sich nun darüber nicht, daß dies ein Gebiet ist, auf dem wir uns von der öffentlichen Meinung absolut verlassen sehen; es handelt sich hier um die Neubildung des Polizeidezernats, ein Gegenstand, der Niemanden interessiert, über den eine öffentliche Meinung nicht vorhanden ist. Was man kennt, das ist die wirtschaftliche Verwaltung gemeinschaftlicher Interessen durch gewählte Vertrauensmänner. Auf diesem Grunde ruht das Amendingement Miquel. Glauben Sie nicht, daß es mit einem Über- und Durchanderungsrichten von gewählten Vertretungen gelahnt sei, über diesem Organismus muß doch etwas stehen, was die gesetzliche Ordnung des Staates sicher stellt. Geben Sie daher den Amtshauptleuten die obrigkeitliche Stellung, die sie brauchen, sonst bleibt die Phalanx des Polizeistaates ununterbrochen bestehen, sonst schaffen Sie untergeordnete Verwalter untergeordnete Stellen unter steter Bevormundung des Staates, aber keine Selbstverwaltung. Dies Amt des Amtshauptmanns muß in einem monarchischen Staate durch königliche Ernennung befestigt werden, und mit der unveränderten Annahme des § 39 daher, der dies bestimmt, sprechen Sie nichts als das richtige Prinzip aus. Sämtliche Beamten des Selbstgouvernements sind keine Verwaltungsdirektoren, sondern Ausführer bestehender Gesetze, nicht Beamte der Kreisversammlung allein, sondern in erster Linie der staatlichen Ordnung. Geben Sie denselben darum nicht

ordnung; die Aussicht einer Reform bleibe dann doch günstiger, als nach Annahme von Änderungen an denen das Land wieder 50 Jahre lang zu kauen habe. Hätten wir eine parlamentarische Regierung, so würde die liberale Partei eben Veranlassung haben, sich mit ihren Wünschen einem Ministerium der Majorität unterzuordnen, jetzt fehle diese Aussicht gänzlich, und es werde, wenn wir einmal in eine parlamentarische Bahn einlenken sollten, lange dauern, bevor man sich wieder an die Rothwendigkeit einer solchen Unterordnung gewöhne.

Abg. v. Benda ist damit einverstanden, daß man mit der Schöpfung der Amtshauptmannschaft die Absicht verbindet, dadurch gewisse wirtschaftliche Zwecke zu fördern, kann aber nicht so weit gehen, wie seine Freunde, schon jetzt die Gesamtgemeinde als kommunalen Bezirk im Prinzip zu konstituieren. Die Durchführung derselben würde bei der ländlichen Bevölkerung auf den größten Widerstand stoßen. Die Feststellung eines solchen Prinzips in der Kreisordnung sei überflüssig. Nach dem Zustandekommen der Kreisordnung sei eine Gemeindeordnung unentbehrlich, und erst wenn dieselbe im Entwurf vorliege, könne man die Frage nach Gesamtgemeinden ventilen. Seine Durchführung halte er aber nur dann für möglich, wenn gleichzeitig eine Steuerreform in Angriff genommen wird. So lange diese nicht bestimmt in Aussicht siehe, befranke er sich für dies Gesetz auf das Allernothwendigste.

Abg. Miquel! Die Nichtübereinstimmung des Vorredners mit unseren Vorschlägen beruht nur auf einem Missverständnis. Auch wir wollen, daß der Kreis die Kosten trägt, nur sollen dieselben nicht auf den ganzen Kreis, sondern auf die einzelnen Amter, die sie veranlaßt haben, vertheilt werden. Wir wollen keine Gesamtgemeinden im Sinne derer von 1850, sondern Urgegenden, welche wirklich selbstständig verwaltet werden können und aus deren Fehler allein die bisherigen Klagen über die Zentralisation der Staatsgewalt, das völkliche Getrenntheit des bureaukratischen Verwaltungsbüros vom Volke herzuleiten sind. In den übrigen Teilen Deutschlands ist dies nirgend in gleichem Grade der Fall wie hier, weil dort bereits die Gemeinden stark genug waren, Funktionen zu übernehmen, die hier den Polizeibeamten übertragen werden mußten. Dieser Gedanke wurde 1850 nicht richtig durchgeführt, deshalb scheiterte er. Die Kreisordnung allein kann in dieser Beziehung nicht helfen, die Landgemeindeordnung muß sie ergänzen. Die Schwierigkeiten, die der letztere entgegenstehen, haben ihren Grund darin, daß der Adel und die Bureaucratie ihre Herrschaft mit den Bauern nicht teilen wollen. Im übrigen Europa fand die konservative Partei stets eine Ehre darin, wenn man ihr zugestand, sie habe ein Interesse daran, organische Korporationen zu schaffen, in Preußen dagegen will sie nur die alten Zustände erhalten, d. h. die Herrschaft des großen Grundbesitzes über den kleinen (Zustimmung). Eine wirkliche volkstümliche Verwaltung ist nur in der Gemeinde möglich, der Kreis ist zu groß, an seiner Verwaltung und den Verhandlungen des Kreistages wird nur der wohlhabende Gutsbesitzer Theil nehmen können. Einer Beeinflussung der Verwaltung durch die Aristokratie bin ich nicht abgeneigt, will aber keine Organisation schaffen, die alle andern Elemente von vornherein ausschließt. Bei unseren Ämtern und Ämtern der Vorlage bezüglich der nicht von uns erst erfundenen Amtsbezirke haben wir uns die größte Selbstbeschränkung aufgerichtet: wir sind von dem Grundsatz des Abg. Gneist ausgegangen, daß die kommunale Verwaltung untheilbar ist und wollen deshalb alle Fragen, welche die Gemeinde selbst nicht zu lösen im Stande ist, z. B. die der Schule des Gegebäudes u. s. w. dem Amtsbezirk übertragen, statt — wie vorgeschlagen — für die verschiedenen Zwecke besondere Verbände zu bilden. Hinausgeschoben darf diese Organisation nicht werden, denn ohne sie bleiben die brennendsten Fragen ungelöst. Der Abg. Brauchitsch erklärte als Redner der Reichen: Entweder kein Amtsbezirk oder keine Kreisordnung. Als Grund dafür gibt er einfach an: „wir wollen sie nicht, d. h. wir haben keine Lust, unsere bisherige Herrschaft zu teilen.“ Betrachten Sie aber die Entwicklung anderer Staaten, bei der Durchführung ähnlicher Grundsätze hat sich überall gezeigt, daß sobald der Großgrundbesitz sein Streben nach Herrschaft über den kleinen Grundbesitz aufzog und dieser die Überzeugung von der Solidarität der Interessen beider gewann, er den Großgrundbesitzer in Anerkennung seiner geistigen Überlegenheit gern als seinen Führer annahm; die sozialen Gegenseite waren ausgänglich und die wirtschaftlichen Interessen allein entschieden. So wurde namentlich in Hannover der Kampf durch einen Kompromiß beendet, wie wir es auch Ihnen in unsern Anträgen anbieten. Ich bitte Sie, dieselben anzunehmen. (Beifall.) Um 3½ Uhr verläßt sich hier auf das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch. (Fortsetzung der heutigen Diskussion.)

Parlamentarische Nachrichten.

— Die Abg. Berger (Witten), Miquel und v. Wedell, unterstützt von mehr als 150 Mitgliedern aller Fraktionen, haben heute eine Interpellation eingereicht, betreffend die Vorlegung des in der vorigen Session bereits verlangten Gesetzentwurfs über den Bau einer festen Brücke bei Tilsit und einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 19. Januar.

— Der Geh. Reg.-Rath Windeler ist für die Dauer von ferneren zehn Jahren auf Grund der §§. 41 und 61 des Statutes vom 13. Mai 1857 zum Rathe bei der k. Direktion des neuen landshaftlichen Kredits-Vereins für die Provinz Posen ernannt worden.

— Personalveränderungen bei den Justizbehörden im Bezirk des k. Appellationsgerichts zu Posen für den Monat Dezember 1869. — Appellationsgericht. Dem Appell.-Gerichts-Referendar Schierach ist die nachgeführte Entlassung aus dem dienstlichen Departement Behufs Neubestritts in den Bezirk des Appellationsgerichts in Wiesbaden ertheilt. Kreisgericht Kosten: Kreisgerichtssekretär Gieckerski ist gestorben. Kreisgericht Schröda: Gerichts-Assessor Tyrankiewicz in Kempen ist zum Kreisrichter ernannt. Kreisgericht Wollstein: Kreisrichter Sytnikowski in Lublinz ist in gleicher Eigenschaft hierher verlegt. — Im Geschäftsbereich des Provinzial-Steuer-Direktorates zu Posen sind: befördert: Hauptamts-Rendant Geissler zum Bureauvorsteher der Kalkulatur bei der Provinzial-Steuer-Direktion in Posen. Bureau-Assistent Walter bei der Provinzial-Steuer-Direktion in Posen, zum Sekretär; Hauptamtskontrolleur Ungefroren in Strzelkow, zum Hauptamts-Rendanten derselbst; Obersteuerkontrolleur Flöster in Gniezen, zum Hauptamts-Kontrolleur in Strzelkow; Hauptamts-Assistent Gußmann in Posen, zum Hauptamts-Kontrolleur in Pogorzecze; Hauptamts-Assistent Kellmann in Bromberg, zum Hauptamts-Kontrolleur in Stalmierz; Steueraufseher Heinecz, zum Bureau-Assistent bei der Provinzial-Steuer-Direktion in Posen; berittener Steueraufseher Doeple in Kosten, zum Hauptamts-Assistenten in Posen und der berittene Steueraufseher Zielonka, zum Steuer-Ginnheimer in Gostyn. Verfeßt: Hauptamts-Rendant Altawasser in Strzelkow, in gleicher Eigenschaft nach Eissa; Hauptamts-Kontrolleur Stein in Skalmierzyce, in gleicher Eigenschaft nach Harburg und der Hauptamts-Kontrolleur v. Bibow in Pogorzecze; Steueraufseher Karuk in Stochow, v. Kozłowski in Lousienfeld; Mertinek in Polajewo, Schlosser in Budzyn, Schulz in Gonjawa. Gestorben: Post-Expediteur Ebendick in Witkow. — k. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn. Verfeßt: Eisenbahn- und Betriebs-Inspektor Luck von Starzard nach Eissa. Eisenbahn-Baumeister Bohne von Eissa nach Kattowitz. Bauhauptmeister Schubert, von Morgenrotz nach Rawicz. Bauhauptmeister Drechsler, von Mościna nach Posen. Katholische Pfarrkirche zu Posen Amman ist auf das Pfarrbenefizium zu Modrz, Bucker Kirchenkreis kanonisch instituiert worden. Die Verwaltung der Pfarrstelle in Kankel ist dem Mansionar Drwesski aus Pumiz per commandum übertragen worden.

— Schulchronik. Angestellt: Die Lehrer Hermann zu Dels als 3. wissenschaftlicher Lehrer an der gebobenen Bürgerschule zu Kempen vom 1. April c. ob inter.; Spyhalowski aus Łękozino an der Schule zu Kożki, Kr. Krotoschin, vom 1. Jan. c. ob def.; Schulamtskandidat Paul

aus Eissa als 2. Lehrer an der Schule zu Mościna vom 1. Jan. c. ob inter. Vacant sind die Lehrerstellen an den katholischen Schulen zu Łękozino, Kr. Adelnau, und Niedorf, Kr. Bonst.

— **Giner statistischen Übersicht** der i. J. 1869 bei dem k. Konfistorium in Posen etablierten resp. erneuerten Gebüche geschiedener sowie aus der Kirche ausgetretener Personen um Gewährung der kirchlichen Einfechtung einer ander seiten Che, resp. um Wiederaufnahme in die Kirche einzutreten wie folgendes: Neue Gebüche gingen überhaupt 83 (gegen das Vorjahr 19 mehr) ein, von denen 60 bewilligt (gegen 1868 mehr 11) 6 abgelehnt (gegen 1868 mehr 5), 14 vertragt resp. in der Instruction geblieben sind (gegen das 1868 mehr 5) und 3 ohne Entscheidung aus andern Gründen (gegen 1868 weniger 2) ihre Erledigung fanden. Mit Hinzunahme von Gebüchen beider Kategorien, welche am Schluss des Jahres 1868 unerledigt geblieben oder erneuert waren und von denen der größere Theil bewilligt wurde, sind im Ganzen 113 derartige Angelegenheiten, (gegen das Vorjahr mehr 21 verhandelt, davon in 76 Fällen Bewilligung ertheilt und nur in 14 Fällen, darunter 5 Cheverbole, die Ablehnung ausgesprochen worden.

— **Aus Anlaß** mehrfach gestellter Anträge auf Genehmigung von Gebühren bei Grabstellen und dem Setzen von Grabdenkmälern benachrichtigt der Kultusminister in einem Circularerlaß die Provinzialregierungen und Konfistorien, daß diese Gebühren, die sie außer jeder Beziehung zu geistlichen oder kirchlichen Amtshandlungen stehen, der für Stolzgebühren vorgeschriebenen Genehmigung der Zentralinstanz nicht bedürfen. Ein Gleiche gilt von Gebüchen für die Anfertigung und Zuschüttung von Gräbern, sowie für das Glockensäulen.

— **Eine Volksversammlung** politischen Charakters wird — wie aus einem Inserat des „Dz. Pozn.“ hervorgeht — am 26. Jan. in Miloslaw vor der polnischen Bevölkerung des Brechener Kreises abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht: 1) die neue Kreisordnung, 2) die Ausnahmestellung der Provinz Posen, 3) die Kostenvermehrung, welche für die Kreise durch die neue Kreisordnung entsteht, 4) Verwendung der Grundsteuer zu Kreiszwecken, 5) Wahl einer Deputation aus dem Kreise Brechen zur Belehrung an der Bildung eines Zentralwahlkomites. Die Einladung zu dieser Volksversammlung geht aus von dem Gutsbesitzer Swinarski aus Szamarewo, Müller Wroniewicz aus Miloslaw, Wirth Budasz aus Szczerzow und Wirth Melkow.

— **Institut für Augenkranken.** In dem Institut für Augenkranken von hrn. Dr. Wurm wurden bis jetzt 4203 Augenkranken behandelt davor 608 im vergangenen Jahre. Am häufigsten kamen die Krankheiten der Bindegaut des Auges, besonders die granuläre sog. ägyptische Augenentzündung zur Behandlung, der einfache leichte Kataarrh dagegen war verhältnismäßig selten. Nachdem erreichten die Krankheiten der durchsichtigsten Hornhaut die größte Zahl, von denen der überwiegende Theil bei schwülstigen Kindern und bei Handwerkern in Folge von Verletzungen beobachtet wurde. Die Krankheiten, der Regenbogenhaut, Iris, welche sonst nicht gerade sehr verbreitet sind, waren in der letzten Zeit während des häufigen Wechsels der Witterung in auffallender Steigerung begriffen, verbunden oft noch mit anderen rheumatischen Leiden. Von größeren Operationen wurden ausgeführt: die künstliche Pupillebildung, die Operation des grauen und des sog. grünen Saures, Schlelopoperationen etc., außerdem ist eine große Anzahl von Geschwüren der Augenlider und des Augapfels entfernt worden. Die Behandlung ist für Unbediente ungünstig.

— Aus der Provinz wird uns ein Vorfall berichtet, der ebenso beklagenswerth ist wie interessant, besonders wegen der Nebenumstände, welche bis jetzt noch keineswegs ganz aufgeklärt sind. Um Gelegenheit zu geben, die vielen Gerüchte, welche sich an den Vorfall knüpfen, auf das richtige Maß zurückzuführen eventuell zu widerlegen, thelen wir die folgenden uns zugegangenen Briefe mit:

? Gnesen, 16. Januar. Die hier eingetroffene Kunde eines sehr traurigen Ereignisses zu Otorowo bei Samter, zu welchem ein Vorspiel in Gnesen die Veranlassung gewesen ist, hat hier vielseitiges Bedauern hervorgerufen. Ein freundliches junges Mädchen, welches in einem kleinen Verlaufslokal einige Jahre als Ladenmadchen diente, hatte durch gefäßiges Benehmen und gute Führung sich die Gunstung eines wohlhabenden Mannes erworben und im Herbst vor jenem Jahres fand mit ihm verlobt. Schon war Alles zu einer heiligen Verbindung vorbereitet, als die Eltern ihre Tochter kurz vor Weihnachten nach Hause riefen und das Verhältniß wieder aufzulösen suchten. Dem Willen der Eltern hatte sich die Tochter mit kindlichem Gehorsam, aber das Herz voll Gram, gesetzt. Das Mädchen soll nun ein anderweitiges Unterkommen gesucht haben, ihr aber ein Führungstest (von wem?) verweigert worden sein, und zwar wegen schlechter Aufzucht und Unordlichkeit. In ihrer Verzweiflung verließ sie eines Tages die elterliche Wohnung und nach fünfzigem Suchen wurde sie als Verlaßt wieder aufgefunden.

— V. Samter, 18. Juli. Die jugendliche Tochter des Vorsteigers einer benachbarten Poststation hatte in Gnesen, wo sie in einem Puppentheater beschäftigt war, mit einem Bauunternehmer, einem ihr an Jahren weit überlegenen Manne, ein Verhältniß angestellt und war am Sylvesterabend mit ihm nach Hause gelommen, um die väterliche Bewilligung zur ersten Verbindung zu erwirben. Diese wurde nicht versagt, und die Verlobung fand statt. Einige Tage darauf reiste der Bräutigam nach Gnesen zurück, während die Braut im elterlichen Hause blieb. Der Vater, den die Überraschung an jenem Abende wahrscheinlich zu unverblegtem Jawort veranlaßt hatte, und der es nun mehr sich und seiner Tochter schuldig zu sein glauben möchte, Erkundigungen wegen der Identität seines Schwiegersohns einzuziehen, erfuhrt, daß Letzterer verheiratet und Vater einer zahlreichen Familie sei, mit seiner Frau jedoch im Scheidungsprozeß stände. Bei so bewandten Umständen glaubte er natürlich sein Vorjururidium zu müssen und eröffnete das der Tochter einzige Tage nach der Verlobung. Bald nach dieser Größigung langte der verheirathete Bräutigam, der von seines Schwiegersohns Recherchen Kunde erhalten hatte, selbst an, um sich zu rechtfertigen. Dem Verlangen, seine Verlobte begleiten zu dürfen, konnte nicht gewilligt werden, sie war verschwunden. Vieles Suchen war vergeblich, bis ein Knabe die Nachricht brachte, er habe im benachbarten Walde ein weise Gesicht sien sehen. Man durchsuchte den Wald und fand die unglückliche Braut vermitteilt eines Taschenknives erdrosselt. Alle Versuche, sie ins Leben zu rufen, erwiesen sich fruchtlos. Daß ein Selbstmord vorliege, wird übrigens von ärztlicher Seite angezweifelt, indem eine Selbstverstülpung als unmöglich behauptet wird. Nähtere Untersuchungen in dieser Beziehung sind meines Wissens noch nicht angefertigt worden.

— Für die jüdische Korporation in Schrimm veröffentlicht das „Amtsblatt“ einen Schuldentlastungsplan. Die Schuld beträgt an Kapital und rückständigen Zinsen 4702 Thlr. (rund) und soll mit Ablauf des Jahres 1878 abgezahlt sein.

— In Russland gilt noch immer die „Gabella“ oder das „Schoggeld.“ Man berichtet uns hierfür folgendes Beispiel:

B vor mehreren Jahren war in Polen ein Fabrikant, Dresdener von Geburt, gestorben und hatte ein ansehnliches Vermögen hinterlassen. Da keine nähere Erbin vorhanden waren, wurde endlich vor einigen Wochen ein entfernter Verwandter des Verstorbenen, ein Kaufmann in Dresden, ein russischerseits aufgefordert, die Erbhaft anzureten. Dieser machte sich auf den Weg und legitimierte sich bei der zuständigen Behörde, doch als ihm das Erbe übergeben werden sollte, brachte man ihm ein Erbstempel von nicht mehr als 26 % in Abzug. Es gilt nämlich drüber der Brauch, daß von solchen Nachlassverträgen, die ins Ausland gehen, eine hohe Steuerabgabe ganz entsprechend der alten „Gabella“ gefordert wird, welche im vorliegenden Falle mehr als ¼ des ganzen Erbvermögens ausmacht. Der Erbe hat sich geweigert, die Nachlassverträge mit dieser Auslage in Empfang zu nehmen, und indem er sich vorbehält, auf diplomatischem Wege durch den Norddeutschen Bund eine Heraussetzung des geforderten Erbsteuertempels zu betreiben, ist er einstweilen in seine Heimat zurückgekehrt. Wir sind eingerahmt auf den Ausgang dieser Angelegenheit gespannt.

— r. Kreis Bomiß, 17. Jan. [Kollekte. Geschäftliches.] Schon unter dem 10. August v. J. hat der hr. Oberpräsident unserer Provinz die Abhaltung einer Hausskollekte bei den evangelischen Einwohnern unseres Kreises behufs Beschaffung der erforderlichen Mittel zur Gründung einer öffentlichen evangelischen Schule in Bodzyn (die dort bestehende evang. Schule, von Gustav Adolf-Verein zum größten Theil unterhalten, hat nur den Charakter einer Privatschule) angeordnet. Der damalige Lehrer Seder in

Bodzyn wurde obrigleitlicherseits mit Ausführung der Kollekte beauftragt, und es hat sich derselbe mit Eifer die schwierigen Ausgabe unterzogen. Da das Resultat aber trotzdem noch nicht genügend ausgefallen ist, so hat der hr. Oberpräsident von Neuem eine Frist von 8 Wochen zur ferneren Einsammlung bewilligt. — Der Handel mit Hopfenstangen, der sonst bei uns schon im Monat Dezember begonnen und bis Ende des Frühjahrs mit einer bedeutenden Lebhaftigkeit betrieben wurde, ruht in diesem Jahre, wahrscheinlich der anhaltenden Blauflut im Hopfengeschäfte wegen, fast vollständig. Die Hopfenstangen verursachen den Hopfenproduzenten immer eine fühlbare sehr Ausgabe und bei dem seit einigen Jahren bereits sehr unsicherem Hopfengeschäfte scheinen die Lust verloren zu haben die alten Anlagen zu ergänzen oder gar neue anzulegen.

W. Borek, 14. Januar. [Marktverkehr. Konzert.] Unsere Stadt erfreut sich in diesem Jahre eines sehr regen Marktverkehrs. Seitens waren die Wochenmärkte nach Weihnachten so groß, wie wir dies in diesem Jahre wahrnehmen und namentlich bezieht sich dies auf die Befuhr von Getreide. Buchstäblich finden wir den Markt gedrückt voll mit Wagen, welche die verschiedensten Bereiche heranbringen. Trotzdem findet man hier die thuersten Preise vom ganzen Kreise notirt. Nach der amtlichen Notiz des letzten Wochenmarktes zahlte man hier für Weizen 2 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. bis 2 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. für Gerste 1 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. bis 1 Thlr. 10 Sgr. und für Hafer 27 Sgr. 6 Pf. Ebenso verhält es sich mit den Kartoffeln und dem Viehfutter. Während in Krotoschin, Pogorzella und Iduny pro Scheffel Kartoffeln 14 resp. 12 Sgr. notirt stehen, muß man hier 15 Sgr. dafür zahlen und während in Krotoschin und Iduny das Scheffel Sack 6 Thlr. 5 Sgr. resp. 7 Thlr. preis, ist dasselbe hier nicht unter 7 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. bis 8 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. zu erlangen. Ursache dieser Theuerung macht die Konkurrenz am hiesigen Orte. — Am vergangenen Sonntage gab die Joachimsthaler Musikkapelle im Käthlerschen Saale ein Konzert, welches einer sehr starken Belehrung sich freute. Die Lehnbarth'sche Kapelle, welche wegen ihrer Lüchtigkeit allgemein bekannt, vertriebte auch das hiesige Publikum im höchsten Grade und wollen wir hoffen, daß uns recht bald wieder die Gelegenheit geboten würde, einen solchen genügsamen Abend zu verleben.

□ Lissa, 16. Jan. [Dr. Strausberg. Große Jagden.] Die Herrschaft Laube zur Subhastation.] Unsere Stadt war in den jüngsten Tagen in ziemlich lebhafter Bewegung. Dr. Strausberg, bekanntlich der gegenwärtige Besitzer des Herrschafts Lissa, hatte auf einige Tage mit mehreren auswärtigen Gästen von Distinktion sein Hostel — wundern Sie sich nicht über diesen Ausdruck, denn ich spreche vom Eisenbahnen König — hier genommen, um nach seiner lieben geschäftlichen Tätigkeit für einige Tage den Freuden der Jagd obzulegen. In seinen Begleitung befinden sich, resp. zugleich mit ihm weilten hier unter Andern: Graf Lehn-dorf, Ober-Bandsjägermeister v. Meyring nebst Sohn, der Landrat des Kreises Schleswig bei Kulin, der Landrat des frauentäler Kreises v. Wiesebach, der Hofbüchsenmacher Borilla, Präsident Oppermann, Baumeister Schmidt, Fürst Sulkowski auf Reisen, Oberstleutnant Graf v. Drenck und Hauptmann v. Bauslow (die letzteren als Theilnehmer aus dem hiesigen Orte). Zu seiner näheren Begleitung gehörten ferner außer einem ziemlich starken Dienstpersonal sein persönlicher Stenograph Blatau (wenn ich nicht irre, Mitarbeiter der „Voss. S.“) und ein hr. Abel, Korrespondent und Mitarbeiter der Londoner „Times“. Aus diesem langen Personalregister, das ich noch keineswegs erschöpft habe, werden Sie die von mir oben gebrauchte Bezeichnung eines Hostlers wohl zum Theil gerechtfertigt finden, und in der That trug die ganze Umgebung und Begleitung des gegenwärtigen Hauses Grundherrn etwas Hochstoftratsches an sich, das in dem Gesamtaufstreben des Dr. St. seinen besondern Ausdruck fand. Noblesse odile, von diesem Grundsatz scheint Dr. St. von dem wir bisher nur als einem der bedeutendsten industriellen Unternehmer gehört, auszugehen. Die Jagd dauerte zwei Tage (am Donnerstag und Freitag), beschränkte sich auf das Territorium des Besitzers der Herrschaft Lissa und lieferte im Ganzen ein günstiges Ergebnis. Am ersten Tage, dem Donnerstag, bestand die Ausfahrt aus 1 Wildschweine, 17 Rehen, 3 Dammmirschen, 2 Hirschen (von hrn. v. Meyring durch eine Doublette sofort tödlich erlegt) und 32 Hasen. Am zweiten Tage, dem Freitag, aus 14 Rehen, ca. 70 Hasen, 24 Kaninchen und 2 Füchse. So den Jagden an beiden Tagen wurden etwa 120 Treiber verwendet. Nach einem großartigen Festmahl, das hr. Dr. St. heute für seinen Gästen gegeben, reiste der größere Theil der auswärtigen Jagdherrschaft mit den Nachmittagszügen, er selbst mit dem Abendzuge über Kreuz nach den resp. Heimathäusern zurück. Die Ihnen in einem meiner jüngsten Berichten, im Empfangssaale des Bahnhofs aufgestellte Sammlung von Gewebe-Abnormitäten scheint hrn. Dr. St. besonders Aufmerksamkeit und Gefallen erregt zu haben, und soll er mit dem Besitzer derselben, dem Bahnhofrestaurateur Guttmann hier selbst, befußt den Überlassung in Verbindung getreten sein. Wie ferner glaubwürdig verlautet, beabsichtigt er die an seine hiesige Festung hat angrenzende dem hrn. v. Carnapp gehörige, aber bereits zur Subhastation gefestigte Herrschaft Laube zu acquieren, dadurch würde seine Festung allerdings eine außerordentliche Attraktion gewinnen und ein Areal von nahe an 20,000 Meter umfassen. Sie sehen, was ein Geldmann alles erwirken kann.

□ Ostrowo, 16. Jan. Der Reparatur- und Umbau im Prüfungsjahe des hiesigen Gymnasiums ist bereits so weit vorgeschritten, daß der Saal, der sehr geschickt und zweckmäßig umgeändert, und nun auch mit Gasleitung versehen ist, wohl schon zum Geburtstag des Königs, gewiß aber zur Feier des 25-jährigen Jubiläums der Aufstalt wird benötigt werden können.

Wie ich eben höre, hat sich zur Anbahnung einer würdigen Feier des Gymnasialjubiläums bereits ein auswärtiges Komitee gebildet; auch aus dem Lehrerkollegium ist gestern ein Komitee zum selben Zweck gewählt worden. ? Kreis Pleschen, 15. Januar. [

gebung verwaltet hat, und zum Schriftführer der Kaufmann Herrmann Joseph. Letzterer bekleidet für seine Mühewaltung eine Entschädigung von jährlich 10 Thlrn. Ein Interesse für die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung spricht sich in der Bürgerschaft nicht aus, ein Theil der Schuld liegt wohl in dem Umstände, daß weder die Sitzungstage noch die jedesmalige Tagesordnung durch das Kreisblatt veröffentlicht werden. — Vergangenen Montag brannte in Kotlin ein Stall und eine Scheune nieder. Als mutmaßliche Brandstifterin ist die dafüre Bezirkshebamme in Haft genommen und an das hiesige Kreisgericht abgegeben worden. Sie lebte mit dem Sohne des Abgebrannten in einem Liebesverhältnisse, das von den Eltern gemäßigt und aufgelöst wurde. Der allgemeinen Annahme nach soll sie aus Rache das Feuer angelegt haben.

r. Wollstein, 16. Jan. [Steuer. Postalisch.] Unsere Stadt, die gegen 3000 Einwohner zählt, hat pro 1870 aufzubringen: an Klasssteuer 2061 Thlr., Gewerbe- und Grundsteuer 1216 Thlr., Gebäudesteuer 558 Thlr., Grundsteuer 29 Thlr. und Kommunal-Einkommensteuer 2520 Thlr. Der evangelische Schulektat beläuft sich auf 797 Thlr., der katholische auf 294 Thlr. und der jüdische auf 603 Thlr. Die jüdische Gemeinde ist außerdem noch mit 400 Thlr. Korporationsbeiträge belastet. Die evang. Schule erhält einen Staatszuschuß von 400 Thlr. jährlich und die kath. 150 Thlr. Die jüdische Schule erhält keinen Staatszuschuß. Rechnet man zu den genannten Steuern noch die Beiträge unserer Einkommensteuerpflichtigen, so beträgt die Gesammtsteuer der Einwohner hiesiger Stadt ca. 9000 Thlr. — Dem Vernehmen nach werden wir mit Eröffnung der Märkisch-Posener Bahn 2 Mal täglich eine Postverbindung nach Bentschen und nach Graustadt, zum Anschluß an die abgehenden Bahnzüge haben. Ebenso werden wir täglich einmal eine Postverbindung über Grätz, Stenscheno nach Posen haben und eine über Grätz nach Opalenica zum Anschluß an die Bahnzüge. Zwischen hier über Unruhstadt nach Züllichau wird hingegen täglich nur einmal die Post gehen.

s. Gnesen, 17. Januar. [Begräbnis. Polnische Theatervorstellung.] Unter einer sehr zahlreichen Begleitung stand heute das Begräbnis des hiesigen lgl. Kreisgerichts-Salariz-Kassen-Händlanten, Hauptmann a. D. Ernst Albert Müller, statt. Der Verstorbene gehörte viele Jahre zu den Stadtverordneten, bis er vor einigen Jahren wegen Krankheit aus dieser Versammlung selber ausschied, aber auch noch weiter thätiges Mitglied der Finanzkommission verblieb. Eine ehrenvolle Auszeichnung wurde ihm zu Theil durch die Ernennung zum Kommissarius des Nationalbantes. Bei allen Konfessionen und Nationalitäten hatte er sich hohe Achtung und großes Vertrauen erworben. Seine Familie verliert in ihm einen gütlichen Verfolger. — Bei der gestern durch den hiesigen kathol. (polnische) Handwerker-Gesellen Verein veranstalteten Theatervorstellung, deren Ertrag zur Erbauung eines polnischen Theatergebäudes zu Posen bestimmt worden sein soll, ist das Theaterlokal so stark besucht gewesen, daß es an Plätzen für Spätkommende fehlte. Das Ergebnis der Kasseneinnahme wird mit 1800 Thlr. angegeben.

Schneidemühl, 17. Jan. [Eisenbahnbau. Hauskollekte.] Der Bau der Schneidemühl-Conty-Dörschauer Eisenbahnlinie ist von hier aus nun schon auf einer 5 Meilen langen Strecke beendet und werden zur Beschleunigung in der Ausführung kommenden Erdarbeiten auf der 6. bis 11. Meile der 1. Bauabteilung (Schneidemühl) die Arbeitskräfte um mehrere Hundert Arbeiter vermehrt werden. — Die am 10. und 11. d. M. hier abgehaltene Hauskollekte zum Bau einer deutschen evangelischen Kirche zu Jerusalem hat eine Einnahme von 25 Thlr. 29 Sgr. ergeben. Das hiesige Schlossgymnasium hat außerdem hierzu 5 Thlr. gespendet, mit der Bestimmung, dieselben zum Ankauf eines Schlosses zur Kirchenthür zu verwenden.

Vereine und Vorträge.

s. In der Versammlung der polytechnischen Gesellschaft am Sonnabende wurde Seitens der Kommission, welche in der Sitzung am 8. d. M. behufs Beratung über Errichtung von Arbeiterwohnungen auf der landwirtschaftlichen Ausstellung zu Kosten gewählt worden war, ein Entwurf zu Wohnungen für Ziegelerarbeiter vorgelegt. Es waren bei demselben die Prinzipien, über welche man sich in der vorigen Versammlung geeinigt hatte, zur Anwendung gebracht. Der Entwurf wird der Generalversammlung des deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln u. s. w. am 17.—19. d. M. in Berlin stattfinden, vorgelegt werden. Seitens der Auerbachischen Eisenhandlung war ein Defektor, Schornstein-aufzug resp. Ventilator ohne bewegliche Theile (Patent Windhausen und Büsing) zur Ansicht überwandt worden. Derselbe dient dazu, um das Brückentreiben des Rauches zu verhindern und den Bug zu befördern. Der Rauch kann auch bei einer Windrichtung von oben her ungehindert abziehen, indem der Wind gehindert wird, in den Schornstein hineinzudringen; kommt aber der Wind schrägs von unten her, so wird der Bug im Schornstein in Folge der Einrichtung des Defektors bedeutend befördert. Außerdem kann weder Regen in den Schornstein hineindringen, noch die Sonne in denselben hineinscheinen, so daß jede einseitige Erwärmung vermieden wird. Meistens werden die Defektoren, die bereits in sehr bedeutenden Umfangen angewendet werden, aus Gußeisen angefertigt; der Preis beträgt, je nach der Größe 7, 10 oder 14 Thlr. — Anknüpfend an die Erläuterung des Defektors wurde mitgetheilt, daß enge Höfe, in welche die Sonne hineinscheint, häufig das Rauchen der Feuerungen in einem Hause veranlassen, indem die Luft, anstatt zu den Feuerungen hinzuströmen, durch den Hausflur nach dem erwärmten Hofraume getrieben wird; es muß demnach, wenn einmal solche Höfe vorhanden sind, die bauliche Anlage derartig getroffen werden, daß der durch Erwärmung des Hofes entstehende Luftstrom keinen nachteiligen Einfluß auf den Bug in den Feuerungen ausüben kann. — In Bezug auf die Rolandssäule vor dem Rathause wurde allseitig die Ansicht ausgesprochen, daß dieselbe ohne die dringendsten Gründe nicht von ihrer jetzigen Stelle, auf welcher sie seit Jahrhunderten steht, entfernt werden dürfe, da sie dadurch den größten Theil ihres historischen Werthes einbüßen würde. — Betr. die Dillersche Ruine in der Friedrichstraße wurde die Mittheilung gemacht, daß die Fundamente der Gebäude des Appellationsgerichts auf dem Schloßberg, wie genauere Untersuchungen ergeben haben, bis auf das Niveau der Straße hinabreichen; es würde demnach, ohne daß die Sicherheit der dortigen Gebäude dadurch gefährdet werden würde, ebenso fit in den Berg hineingegangen werden, wie dies bei dem Neubau auf dem daneben liegenden Günterschen Grundstück geschehen ist. — Seitens des Ministeriums für Handel und Gewerbe wird abgestimmt, die periodischen Kesselrevisionen, welche bis jetzt durch die Regierungs-Baubeamten ausgeführt wurden, in Bezugfall zu bringen. Wie dies in England der Fall ist, werden dann auch wohl in Preußen die Besitzer von Dampfkesselanlagen zu Gesellschaften zusammen treten, welche behufs Ausführung der Kesselrevisionen besonders Beamte anstellen. Es wird diese Angelegenheit in der Versammlung der Gesellschaft am 22. d. M. nochmals zur Sprache gelangen.

s. Die ordentliche Generalversammlung des Vorwurfsvereins, welche am 17. d. M., Abends 8 Uhr, im Lamberthischen Saale stattfand und welcher außer 202 Mitgliedern auch viele Nichtmitglieder beiwohnten, wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Hrn. Martin, eröffnet. Nachdem die Versammlung Hrn. Gorstel die Leitung der Generalversammlung übertragen hatte, erklärte derselbe, daß nach einem Beschlusse des Ausschusses auch jedem Nichtmitgliede die Beteiligung an der Diskussion selbstverständlich aber nicht an der Abstimmung gestattet sei. Zum Protokollführer der Versammlung wurde der Schriftführer des Ausschusses, Hr. Kellermann, zu Stimmzählern, die Herren Feldmann und Pitzmann, zu Revisoren beim Stimmzählen die Herren Kirsten, Mewes, Malade ernannt. Alsdann trat die Versammlung in die Tagesordnung ein. Der Rechenschaftsbericht pro 1869, dessen wesentlichen Inhalten wir bereits brachten, wird von Hrn. Mewes verlesen und von der Versammlung die Decharge ertheilt, nachdem Hr. Martin mittheilt, daß der Bericht von den Herren Mewes, Krause und Dittrich revidirt und ordnungsmäßig gefunden worden sei. — Hr. Gorstel weist auf den hohen Aufschwung des Genossenschaftswesens in Deutschland im Allgemeinen und des posener Vorwurfsvereins im Speziellen hin. Die Summe sämmtlicher Darlehen, welche von den Vorwurfsvereinen i. J. 1869 gewährt wurden, beläuft sich auf etwa 338 Millionen Thlr. Der posener Verein befindet sich in erfreulicher Entwicklung, der Geschäftsumsatz ist gegen das Jahr 1868 fast um das Vierfache gestiegen; auch in diesem Jahre ist während der ersten beiden Monate des Jahres der Beitrag von 11,000 Thlr. d. h. etwa der 13. Theil der Gesammtsumme des vorjährigen Jahres, an Darlehen ausgegeben worden und fast täglich melden sich durchschnittlich 2—3 neue Mitglieder. Nachdem noch die Vertheilung der Dividende in der vom Vorstande und Ausschuß beantragten Höhe (10 pG.)

beschlossen worden war, wurde nach § 49 des Statuts mit 93 von 102 Stimmen 15 Mitglieder ausgeschlossen, von denen 3 verlogen sind, 4 länger als 6 Monate ihre laufenden Beiträge schulden, 6 sich geweigert haben, das Statut zu unterschreiben, 2 in Konfurs geraten sind. Der et. Aussch u. mitglieder sind neu zu wählen, da nach § 23 des Statuts von den 9 Mitgliedern 3, die Herren Martin, Lüpke und Kallmann, durch Loos ausgeschieden sind, so daß demnach noch im Ausschuß verbleiben die Herren Seidel, Petersen, Krause, Malade, Dittrich, Mewes. Herr Gorstel heftet auf Antrag die Obliegenheiten und Befugnisse der Ausschuß-Mitglieder nach § 30 mit; vor Allem ist es wünschenswerth, daß dieselben Personalkenntnis besitzen. Es erhalten von 91 Stimmen die Herren Martin 84, Kallmann 65, Lüpke 45, Tagielski 35. Die beiden ersten sind demnach mit absoluter Majorität gewählt, die beiden letzteren kommen zur engeren Wahl; da sich jedoch dabei Stimmengleichheit herausstellt, so entscheidet das Voos, welches auf Hrn. Tagielski fällt. Die Gewählten nehmen an. — Als Mitglieder zur Einschätzung der Ausschußmitglieder werden gewählt die Herren Mögeling, Hesselbein, Grätz. — Über die Bewilligung der vom Ausschuß für den Vorstand festgestellten Tantieme pro 1870 entspricht sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Herren Dr. Wagner, Krüger, Gorstel, H. Schneider, Kallmann, F. Lehmann, Malade beteiligen. Bissher betrug die Dividende, welche die 3 Vorstandsmitglieder erhalten, 25 Prozent des Beitrages, welcher von dem Zinsgewinn nach Abzug der Geschäftskosten übrig blieb; 15 Prozent davon erhielt der Kassirer des Vereins, je 5 Prozent der Direktor und der Kontrolleur. Für d. J. 1869 betrug die Tantieme für den Kassirer 84 Thlr., für den Kontrolleur und Direktor je 28 Thlr. In Anbetracht der außerordentlichen Mühwaltung der Vorstandsmitglieder und deren Baareinlagen beantragt nun der Ausschuß, denselben pro 1870 eine Tantieme von 600 Thlr. zu garantiren, von denen der Kassirer 400 Thlr., der Direktor und Kontrolleur je 100 Thlr. erhalten sollen, und zwar darunter, daß, falls die Gesammt-Tantieme von 25 Prozent vorstehenden Betrag von 600 Thlr. nicht erreiche, das Fehlende von dem an die Mitglieder zu vertheilenden Reingewinn abgeschrieben werde. Hr. Dr. Wagner beantragt dagegen, falls die 25 Prozent im J. 1870 nicht die Höhe von 600 Thlr. erreichen, einen höheren Prozentsatz bis zu einem Maximum von 50 Prozent des Reingewinns dem Vorstand als Tantieme zu gewähren, um, wenn etwa der Verein im nächsten Jahre Verluste haben sollte, nicht in die Lage zu kommen, den ganzen Gewinn für die Tantieme des Vorstandes gewähren zu müssen und so gar keine Dividende für die Mitglieder übrig zu behalten. (Der zu dividirende Reingewinn betrug für's Jahr 1869 bekanntlich nur 428 Thaler und der Vorstand erhielt 143 Thaler.) Dem gegenüber wurde wiederholt hervorgehoben, daß die sich von Tag zu Tag glücklicher entwickelnde Vereinslage die Aussicht gestatte, daß die 25 Prozent-Tantieme die Höhe von 600 Thlr. überschreiten würde. Hr. Malade spricht sich für die Garantie einer Tantieme vom 600 Thlr. aus, falls keine Verluste, welche den Gewinn abzögeln, vorkommen. Bei der Abstimmung wird von der Versammlung der Antrag des Ausschusses angenommen. — Die Geschäftsantheile (Guthaben) der Mitglieder waren nach § 57 auf den Höchstbetrag von 100 Thlr. fixirt, welcher jedoch durch einen Gesellschaftsbeschluß jederzeit erhöht werden kann. Die Versammlung beschließt, diesen Betrag auf 200 Thlr. zu fixiren. — Hr. Levy beantragt die Einführung eines Kontokurrentenverkehrs mit Hinterlegung eines Akzents in Höhe des Beitrages. Dieser Antrag wir auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gestellt werden. — Der Antrag des Hrn. Malade, welcher die Schlossgymnasium hat außerdem hierzu 5 Thlr. gespendet, mit der Bestimmung, dieselben zum Ankauf eines Schlosses zur Kirchenthür zu verwenden.

s. Gnesen, 17. Januar. [Begräbnis. Polnische Theatervorstellung.] Unter einer sehr zahlreichen Begleitung stand heute das Begräbnis des hiesigen lgl. Kreisgerichts-Salariz-Kassen-Händlanten, Hauptmann a. D. Ernst Albert Müller, statt. Der Verstorbene gehörte viele Jahre zu den Stadtverordneten, bis er vor einigen Jahren wegen Krankheit aus dieser Versammlung selber ausschied, aber auch noch weiter thätiges Mitglied der Finanzkommission verblieb. Eine ehrenvolle Auszeichnung wurde ihm zu Theil durch die Ernennung zum Kommissarius des Nationalbantes. Bei allen Konfessionen und Nationalitäten hatte er sich hohe Achtung und großes Vertrauen erworben. Seine Familie verliert in ihm einen gütlichen Verfolger. — Bei der gestern durch den hiesigen kathol. (polnische) Handwerker-Gesellen Verein veranstalteten Theatervorstellung, deren Ertrag zur Erbauung eines polnischen Theatergebäudes zu Posen bestimmt worden sein soll, ist das Theaterlokal so stark besucht gewesen, daß es an Plätzen für Spätkommende fehlte. Das Ergebnis der Kasseneinnahme wird mit 1800 Thlr. angegeben.

s. Schneidemühl, 17. Jan. [Eisenbahnbau. Hauskollekte.] Der Bau der Schneidemühl-Conty-Dörschauer Eisenbahnlinie ist von hier aus nun schon auf einer 5 Meilen langen Strecke beendet und werden zur Beschleunigung in der Ausführung kommenden Erdarbeiten auf der 6. bis 11. Meile der 1. Bauabteilung (Schneidemühl) die Arbeitskräfte um mehrere Hundert Arbeiter vermehrt werden. — Die am 10. und 11. d. M. hier abgehaltene Hauskollekte zum Bau einer deutschen evangelischen Kirche zu Jerusalem hat eine Einnahme von 25 Thlr. 29 Sgr. ergeben. Das hiesige Schlossgymnasium hat außerdem hierzu 5 Thlr. gespendet, mit der Bestimmung, dieselben zum Ankauf eines Schlosses zur Kirchenthür zu verwenden.

Aus dem Gerichtssaal.

s. Posen, 16. Jan. Nach zweitägiger angestrengter Sitzung wurde gestern Abend 11 Uhr die Anklagesache gegen die unverheirathete Marie Bannach und 5 Genossinnen zu Ende geführt. Des Diebstahls in 11 Fällen ist die Hauptangeklagte Bannach bezüglich. An diese Angeklagte lehnen sich die hiesigen Gesellschaften die unverheirathete Amanda Manthey, die 13-jährige Wladisla Szczesniak, ebenfalls mehrfacher Diebfahne beschuldigt. Als Hebler schließen sich zur Vollständigung der ehrenwerten Gruppe an: die Großmutter der Szczesniak, die Hölkerin Katharine Wojciechowska, die Mutter der Szczesniak, die Michaelina Szczepańska und endlich die Mädelfrau Michaelina Brzezicka, sämmtlich aus Posen. Der Sachverhalt ist folgender: Die Familie Wojciechowska (Großmutter, Mutter und Kind) bewohnte hierzulst bis zu ihrer Infazierung das Haus Wallischei Nr. 4. Großmutter und Mutter sind mehrfach wegen Diebstahls und Heblerei bestrafe Personen, denen die noch unbefristete Enkelin Wladisla Szczesniak zur Ausbildung im Diensthandwerk leider von der Natur übertraut ist. In dieser Wohnung herrschte im Frühjahr und Sommer 1869 ein reges Leben. Neben anderen verdächtigen Personen verkehrte dort während der angegebenen Zeit die beiden anderen Angeklagten Bannach und Manthey, die auch bereits wegen Diebstahls bestraft, außerdem aber der Prostitution gänzlich ergeben sind. Insbesondere hatte dort die erste, nachdem sie aus der hiesigen Stadt vertrieben war, ihren Versteck gefunden. Das gute und rege Leben machte die Polizei bald auf die qu. Familie und ihre Freunde aufmerksam, und zwar um so mehr, als in der Zeit vom Dezember 1868 bis Juni 1869 fast täglich Anzeigen von Diebstählen, welche fast alle auf gleicher Weise, mit ganz gleicher Frechheit, meist gegen Dienstboten verübt worden waren, eingingen. Man revidierte die Wohnung der Wojciechowska und fand dasselbe eine Menge gestohlene Gutes, sowie das Dienstwerkzeug, bestehend aus einem Bunde Schlüssel und vielen einzelnen kleinen Schlüsseln, versteckt in einem Spind zwischen doppelter Holzdecke, vor. Da das vorgefundene Gut jedoch weitesten nicht an das gestohlene heranreichte, so suchte man bei anderen Personen weiter nach und fand dann auch bei der letzten Angeklagten, der Mädelfrau Brzezicka, eine Menge gestohlenen Kleidungsgegenstände vor. Auf Grund dieser vorgefundenen Sachen ist es nun gelungen, die Angeklagte Bannach und ihre Genossinnen in vielen einzelnen Fällen des Diebstahls resp. des Hebleren zu überführen. Es würde zu weit führen, die einzelnen Diebstähle zu bezeichnen; dieselben sind meistens ohne Interesse, immer bei Tage und bei Dienstnächten, teilweise mit Hilfe von Nachschlüsseln verübt und zwar derartig, daß die Bannach und die Szczepańska, indem sie theils Hühner, theils Gemüse in den Häusern zum Kauf ausboten, theils nach unbekannten Leuten fragten, die Gelegenheit zum Stehlen ausnutzten, wobei dann die eine oder die andere Person die Wächterin spielte. Das gestohlene Gut wurde sodann untereinander verkauft oder der Brzezicka zur Umarbeitung behufs Unkenntlichmachung übergeben. Die Bannach gesteht ein, viele Diebstähle in der oben angeführten Art begangen zu haben, während sie die Schul an sämmtlichen Diebstählen in Abrede stellt. Als Mischuldige benennt sie theils die Manthey, theils die Szczepańska, theils die Wladisla Szczesniak, welche 3 Personen dies in Abredt stellen. Die Brzezicka räumt den Besitz des gestohlenen Gutes ein, behauptet jedoch, dasselbe nur zur Bearbeitung resp. Ausförderung der Szczepańska und Wojciechowska erhalten zu haben. Gegen diese beiden letzteren sowohl, wie gegen die Brzezicka wurde von der Staatsanwaltschaft nach erfolgter Beweisaufnahme die Anklage wegen gewohnheitsmäßiger Heblerei und gegen die 3 andern Angeklagten die Anklage wegen wiederholten Diebstahls aufrecht erhalten. Rücksichtlich der Manthey und der Brzezicka wurde von der Bertheiligung prinzipiell das Nichtschuldig, bei allen Angeklagten eventuell Annahme mildern der Umstände beantragt, auch gebeten bei der Wladisla Szczesniak die Frage wegen mangelnden Unterscheidungsvermögens zu Gunsten der Angeklagten zu bejahen. Die den Geschworenen vorgelegten Fragen beliefern sich auf 53. Nach dreiflügiger Beratung verkluden der Obmann des Geschworenen folgendes als Resultat derfelben: 1) Die Bannach ist zweiter Diebfahne für nichtschuldig, dagegen 5 schwerer, 4 einfacher Diebstähle und einer Unterschlagung für schuldig; 2) die Manthey zweier Diebstähle für nichtschuldig, dagegen eines einfachen Diebstahls und einer einfachen Heblerei für schuldig; 3) die Szczepańska aller ihr zur Last gelegten Verbrechen für schuldig erachtet, auch ist bei ihr Gewohnheitsmäßigkeit in den Heblerfällen angenommen worden; 4) Wladisla Szczesniak ist zweiter einfacher Diebstahl zwar für schuldig erachtet, jedoch nicht angenommen worden, daß sie mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat; 5) die Wojciechowska ist aller ihr zur Last gelegten Verbrechen für schuldig befunden, ebenfalls bei ihr Gewohnheitsmäßigkeit bei der Heblerei angenommen worden; 6) die Brzezicka ist der einfachen Heblerei in 6 Fällen für schuldig erachtet, jedoch ist die Gewohnheitsmäßigkeit bei den Heblerfällen nicht angenommen. Wildernde Umstände sind der Bannach, Manthey und Brzezicka zugewilligt worden. Das Urtheil des Gerichtshofes war im Allgemeinen den Anträgen der l. Staatsanwalt-

schafft entsprechend. Die Wladisla Szczesniak wurde mit Rücksicht auf die Verneinung der Frage bezüglich des Unterscheidungsvermögens freigepronken, jedoch auf den Antrag der l. Staatsanwaltshof vorläufig einer Bekämpfung anstatt überwiesen. Es wurden verntheilt: 1) die Bannach zu 3 Jahr Zuchthaus; 2) die Manthey zu 4 Wochen Gefängnis; 3) die Szczepańska zu 8 Jahr Zuchthaus; 4) die Wojciechowska zu 6 Jahren Zuchthaus und endlich 5) die Brzezicka zu 6 Wochen Gefängnis. — Die verfügten Zuchthaftstrafen riefen doch einige Bestürzung unter den Angeklagten und deren im Auditorium befindlichen Freunden derselben hervor. Die Wojciechowska und die Szczepańska erwartete noch nach der Verhandlung eine kleine Überraschung, indem sich auf dem Hofe des Schwurgerichtslokals der Mann der ersten einen Knüppel bewaffnet eingefunden hatte, um seiner lieben Frau und Tochter noch vor ihrer Abreise nach Gordon, wo sie sich das Weiterzuhause befindet, einen kleinen Denkettel zum Abschied mitzugeben. Nur mit Mühe wurde derselbe von den anwesenden Gerichtboten zurückgehalten. Somit wäre Posen für einige Zeit von einer gefährlichen Diebesgesellschaft befreit.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Verhältniszahlen** zwischen dem bisher gültigen und dem neu einzuführenden Maß- und Gewichts-Ordnung in Kraft. Es ist also wichtig, sich allmälig hiermit vertraut zu machen, dies Büchlein in Portemonnaie-format giebt eine vorzülliche Anleitung hierzu. Buerst die Vergleichung: Längenmaße zwischen Fuß, Meter und Centimeter, zwischen Elle, Meter, Centimeter — ferner Höhemaße für trockne Körper zwischen Schuh, Meter, Hottoliter, Höhemaße für flüssigkeiten zwischen Quart und Liter, und endlich Gewichte zwischen Pfund, Gramm, Kilogramm. — Meile, Meter. Dasselbe ist im Verlage der kgl. Geh. Druck-Hofbuchdruckerei (R. v. Deder) für 1 Sgr. erschienen.

Staats- und Volkswirthschaft.

Thorn, 11. Jan. Der vierte polnische Landwirthschaftliche Kongress wird hierzulst am 22. und 23. Februar c. im Saale des Artushofes stattfinden. Auf die Tagesordnung steht u. a. die Begründung einer landwirtschaftlichen Schule für die Söhne kleinerer polnischer Landwirthe.

Petersburg, 17. Jan. (Tel.) In Folge des Gerüchtes von einer englisch-russischen Anleihe von 20 Mill. Pf. St. sind die Prämien-Anleihen und verschiedene Eisenbahn-Aktien matt geworden.

? **Kalisch**, 15. Jan. [Kalisch-Ostrowo-Dels.] Vor einigen Tagen fand hier in Folge einer Einladung des Landrats des preußischen Kreises Adelnau, Hrn. v. Stahlberg, eine Versammlung hiesiger Finanzgrößen in der Wohnung des Banquiers Mamroth statt, um die Schritte zu berathen, welche zur Realisirung des Bahuprojekts Bödz-Kalisch-Ostrowo-Dels nunmehr zu ergreifen seien. Hr. v. Stahlberg stellte den Stand der Angelegenheit etwa folgendermaßen dar: Zur Herstellung einer Eisenbahn von Dels bis zur polnischen Grenze, d. i. bis zum Grenzort erster Klasse Sz

densten Städten zusammengesunden, um über die Bildung eines statistischen Zweigvereins zu berathen. Das vorgelagte Statut ist angenommen worden und wurde der Beitrag für diejenigen Mitglieder, welche auf Überwendung der Vereinschäften verzichten, auf 1^{1/2} Thlr., für die anderen aber auf 3 Thlr. jährlich festgesetzt. So Vorstandsmitgliedern wurden die Herren Stadtbaumeister v. Usselstein, Statistiker Simson, Syndikus Dr. Meyer, Geh. Sanitätsrat Dr. Gräßer und Oberlehrer Dr. Fiedler gewählt. — Nach den amtlichen statistischen Überprüfungen sind im Laufe des verflossenen Jahres hier in Breslau 40 Fälle von Selbstmord vorgekommen, indem 34 männliche und 6 weibliche Individuen ihr Leben auf gewaltsame Weise endeten. Unglücksfälle durch Überfahren und andere gegen den Willen der Beschädigten ihnen zugeschobene feindliche Zufälle ereigneten sich 87 und wurden davon 61 männliche und 16 weibliche Individuen betroffen. Auf 100,000 Einwohner kommen daher 4,12 Personen, welche Unfälle erlitten und 2,15, welche ihr Leben durch Selbstmord endeten. — Auf dem anberaumten Sitzungsstermine sind für unsere alte Oderbrücke nur 257 Thlr. geboten worden; der Buschlag ist deshalb nicht erhöht, vielmehr wird die Bauverwaltung den Abbruch der Brücken übernehmen und soll hierzu die Feuerwehr herangezogen werden. — Im Verlage von G. Morgenstern ist hier ein neues Adress- und Geschäftshandbuch erschienen, aus dem wir erfahren, daß Breslau nunmehr 258 und 23 unbekannte Straßen besitzt; die im letzten Viertelsjahr neu numerierten Straßen sind nach dem in Paris und anderen größeren Städten herrschenden System bezeichnet worden, das die eine Seite der Straße nur gerade, die andere nur ungerade Nummern erhalten hat. Ebenso entnehmen wir aus dem bezüglichen Adressbuch, daß Breslau die nicht unbedeutende Anzahl von 1282 Schuhmätern, 939 Schneidern, 423 Tischlern, 2886 Kolonialwarenhändlern und 218 Arzten in seinen Mauern beherbergt.

* Dresden, 16. Jan. Dem Kammer-sänger Joseph Tichtscheck, welcher heute sein 40-jähriges Bühnenjubiläum beginnt, wurden seitens seiner Freunde und Verehrer zahlreiche Ovationen zu Theil. U. a. erhielt derselbe von dem Könige von Sachsen das Ritterkreuz vom Albrechtsorden, vom Herzog von Coburg-Gotha das Ritterkreuz 2. Klasse des Sachsen-Ernestinischen Hausesordens, vom Kaiser von Österreich den Franz-Josephs-Orden. Die Mitglieder des Hoftheaters überreichten ihm eine goldene Lorbeerkrone, auf deren 40 Blättern seine Hauptpartien eingraben waren.

* In Bingen ist eine Dame als Telegraphistin angestellt. Es ist dies wohl die erste Telegraphistin im Norddeutschen Bunde; in Baden und anderen Staaten wird dieser Zweig bekannt längst von Frauen bestens ausgeführt.

* Paris, 15. Jan. Traupmann hat nun noch ein Gnadengeuch eingerichtet, welches nach der "Presse" erst in einem Ministrerrath der künftigen Woche zur Verhandlung gelangen wird. Die vergangene Nacht hatte sich bereits eine große Menschenmenge in Folge des Gerüsts, nach welchem die Hinrichtung heute stattfinden sollte, auf dem Platz La Roquette eingefunden. Bis zum 18. Januar ist laut telegraphischen Nachrichten Traupmann nicht hingerichtet worden.

Berlinische Redakteur: Dr. jur. Walther in Posen

Das Geheimnis seiner Kunst,
(des Laher Hindenboten*) sich in allen Klassen der Bevölkerung Freunde zu erwerben und zu erhalten, besteht in der offenen und geraden Darlegung einer fernhaften deutschen Natur, einer Persönlichkeit, die zwar etwas verbogen ist, aber einen klaren Kopf und ein warmes Herz hat. Es ist gesund und Naturwürdigkeit in dem Burschen und der Athem derselben weit Einem aus dem Kalender entgegen

*) Preis 5 Sgr. Zu haben bei allen Buchhändlern und Buchbindern in Posen bei J. Jolowicz.

Böhmisches Lagerbier,

(auch Bergschlößchen genannt)

pro 100 Flaschen 3 Thlr. 10 Sgr., pro 120 Quart 8 Thlr., ist wieder vorrätig bei

Friedr. Dieckmann.

Bekanntmachung.

Eine zum Nachlass der Lieutenant Buschischen Cheile gehörige, in der hiesigen Feldmark befindliche Waldparzelle von 14 Morgen 10 Ruten, von welcher der Bodenwert auf 140 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. der Holzbestand auf 140 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. taxirt ist, soll in freiwilliger Substaftation an hiesiger Gerichtsstelle

am 17. Februar d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
öffentlicht meistbietend verkauft werden.

Der Holzbestand eignet sich zu Schiffbau und Rugholz, sowie als Eichenschäfwall. Kaufbedingungen und Taxe sind innerhalb der gewöhnlichen Dienststunden in der Regierung einzusehen.

Koźmin, den 8. Januar 1870.

Königliche Kreis-Gerichts-Kommission.

Am Dienstag den 25. d. M.,

Vormittags 10 Uhr,
sollen in dem Saale des Herrn Konditors

Goerlt zu Schwerin

1) eine Anzahl alter Brückenbohlen und Holzreste, welche bei der Gebestelle Glowno-Kolonie lagern.

2) 254 Stück Pappeln von der Baum-pflanzung der Posen-Thorner Staats-Chaussee in den Stationen 1^{1/2}—1^{1/2} und 1^{1/2}—1^{1/2} auf dem Stamme öffentlich meistbietend verkauft werden.

Die Bedingungen sind bei dem unterzeichneten Bau-Inspektor, Sandstraße 8, und in den Gebestellen Glowno-Kolonie und Paczkow einzusehen.

Posen, den 18. Januar 1870.

Der Bau-Inspektor

Petersen.

Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich Dienstag den 25. Januar d. J., Vormittags 11 Uhr, in Wenglewo bei Budewitz:

1 Fortepiano und verschiedene Möbel öffentlich meistbietend gegen gleich hohe Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 13. Januar 1870.

Der Auktions-Kommissar.

Schroeder.

Ein Landgut

von 132 Morgen, 1 Meile von der Märkischen Eisenbahn entfernt, ist sofort auf 9 bis 12 Jahre zu verpachten. Briefe franco zu richten an Herrn Buchhändler

Streisund in Grätz.

Köln, || Filialen und || Königsberg i. Pr.
Comödienstr. 25. || Central-Depots Brodbänkenstr. 4/5

Seit zwanzig Jahren ärztlich angewandt.

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin. Heiligenhaus 3. Dezbr. 1869. Ich kenne Ihr Malzextrakt-Gesundheitsbier seit etwa zwanzig Jahren aus der Praxis und habe dasselbe vielfach mit guten Erfolgen angewandt. In unserer Gegend, wo viele Lungenerkrankungen und Schwächeanfälle vorkommen, wird dasselbe von erfreulicher Wirkung sein. Dr. Gläck, prakt. Arzt, Operateur und Geburtshelfer, vormaliger Stabsarzt der Main-Armee.

Koschentin, 20. November 1860. G. B. er-sucht ich im hohen Auftrage Ihrer Durchlaucht der Gräfin Jenny zu Erbach-Schönberg, geborene Prinzessin zu Hohenlohe-Bangenburg, in König im hessischen Odenwald, eine Sendung von Ihren trefflichen Brummalbonbons dorthin machen zu wollen.

Schott, Fürstlicher Kassenführer.

Verkaufsstellen in Posen General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebrüder Plessner, Markt 91, Niederlage bei B. Neugebauer, Wilhelmpl. 10 und Breitestr. 15; in Wongrowitz hr. Th. Wohlgemuth; in Neutomysl hr. Ernst Tepper; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Kurnik hr. F. v. Krause; in Schrimm Herren H. Casriel & Co. in Dobrik hr. Isaak Karger.

(Gingesandt.)

Keine Krankheit vermag der deliziösen Revalescière du Barry zu widerstehen und beseitigt dieselbe ohne Medizin noch Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoeen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Nebelheit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certifikate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Mahrhafter als Fleisch, er-spart die Revalescière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln,

Nachlaß-Auktion.

Freitag den 21. Januar von früh 9 Uhr ab wird ich Langstraße Nr. 4 (grüner Platz) eine Treppe fein geschnitten, gut gepolsterte Mahagoni- (Wiener) Möbel, als Sophas, Fauteuils, Tische, ein Damenschreibtisch, Trumeau mit Marmorkonsolen,

um 12 Uhr einen gut erhaltenen Flügel,

ferner Ölgemälde, Ampeln, Tep-

piere, Koffer, Tisch- und Bettwäsche,

Beleidungsstücke, Gardinen, Rou-

leaux, Kupfer-, Porzellan-, und Glas-

Geschirre, sowie verschiedenes Haus-

und Wirtschaftsgerät öffentlich meist-

bietend gegen sofortige Bezahlung versteigern.

Richterowski, Königl. Auktions-Kommissarius.

Für Gutsbesitzer.

Güter in Posen und Westpreußen, deren Areal vorherrschend aus Weizenboden besteht, werden zu kaufen oder auch zu pachten gesucht. Frankfurter Offerten zu richten an den Gutsbesitzer R. Nowakowski postea restante.

Ein Haus nebst Garten ist zu verkaufen Unter-Wilda 13.

Glashütten-Verpachtung!

Eine Glashütte in Schlesien, mit 2 Höhlen und 2 Tafelglashöfen, an der Eisenbahn gelegen, ist mit kompletter neuerer Einrichtung mit oder ohne Vorhäre unter günstigen Bedingungen zu verpachten.

Refektanten erfahren das Nähere durch die Annunzen-Expedition von Sachse & Comp. in Breslau sub H. R. # 12.

M. J. Guthmann,

königl. concess. Kammerjäger aus Arnswalde ist jetzt hier eingetroffen, empfiehlt sich den hochgeehrten Herrschäften der Stadt Posen und Umgegend zur sichern gründlichen und dauernden Verbindung sämtlichen plaudernden Gelehrten, als: Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben, Motten u. s. w. durch ein bis jetzt nur ihm bekanntes Mittel. Best werden in der Exped. d. Bl. erbeten.

Der Kammerjäger Herr M. J. Guthmann aus Arnswalde hat auf den Staaten Grauland bis Moschin die Wohnräume als auch die Güterböden von Ungeziefer aller Art gereinigt, der Erfolg seiner Leistungen ist überall bedeckt und ausgefallen. Lissa, Königliche Betriebsinspektion V. der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Auskündigung von Kreis-Obligationen des Kreises Kroben.

Bei der heute stattgefundenen Ausloosung (der 2.) sind nachstehend bezeichnete Kreisobligationen des Kreises Kroben ausgelöst worden und zwar:

Lit. B. Nr. 11. 14. à 500 Thlr.
C. Nr. 5. à 200 Thlr.
D. Nr. 15. 20. 49. à 100 Thlr.
E. Nr. 3. 13. 24. 44. 70. à 50 Thlr.

Die Inhaber dieser Obligationen werden daher aufgefordert, dieselben in fursfähigen Zustände nebst dazu gehörigen Kupons den 1. Juli 1870 auf der Kreis-Kommunal-Kasse in Rawicz gegen Empfangnahme der Baarzahlung des Rennmehrs zurückzuliefern.

Vom 1. Juli c. ab findet eine Verzinsung qu. Obligationen nicht mehr statt.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß aus der ersten Ausloosung vom 18. Januar 1869 — die Kreis-Obligation Lit. C. Nr. 2 über 200 Thlr. noch nicht eingelöst ist in Rawicz, den 13. Januar 1870.

Die Kreisständische Chaussee-Berwaltungs-Kommission.

Der Landrat.

schopis.

Holzverkauf.

Das Dominium Dalezyn bei Gostyn verläuft

birkene u. weizbuchen

Nuß- u. Schirrhölzer.

Preß-Palmkuchen

I. Qualité,

empfehlenswerther Kraft-Gutterstoff, offerirt

Naumann Werner,

Wilhelmsstraße 18.

Maschinenfabrik

von G. Söhlmann

in Wurzen bei Leipzig

empfiehlt sich zur Anfertigung von transpor-

tablen, liegenden und stehenden Dampf-

maschinen nach den neuesten Systemen;

Transmissionen jeder Größe; Garoholzpalpen;

Mühlen- und Brennerei-Einrichtungen, sowie

allen landwirtschaftlichen Maschinen.

Bauart nachweislich solid und gut, Preise billig.

Ausverkauf von Filzhüten, Jacken,

Unterhosen und andern Wintersachen

auffallend billig bei

Herrmann Salz, Neustr. 70.

wie auch die Revalescière Chocolatee 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsmittel wird in Blechbüchsen

mit Gebrauchs-Anweisung 1 Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft.

Revalescière Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.

Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Röhrmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg 1. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann, in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Angekommene Fremde vom 19. Januar.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbes. Eichelsle u. Fr. a. Babin v. Rogalinski a. Ostrobutki, Dutschke a. Serostlaw, Hoffmeier a. Blotnik die Gutsbes. Heiderdorf a. Blance, v. Bloczewski a. Sobieski, v. Glastoff a. Pierzno, Schendel a. Radom, Hoffmeier a. Dorf Schwersen, Schwab u. Fr. a. Bowencin, die Landwirthe Cattin a. Blaceczyn, Haberlein a. Thorn, Bulisch a. Coby, die Kaufl. Philippson a. Strzelno, Blau a. Dittersbach, Götz a. Gnesen, Siegel a. Wongrowitz, Dettlinger a. Ratwisch, Bimmermarkt

Lebende Fische Donnerstag Abend bei
M. Briske & we.

Wronkerstraße 4, im Colosseum.
Brüche Wiener und Jauersche Würste,
sowie Fleischausschnitt von Jacobs aus
Berlin empfiehlt.

Samuel Neufeld,
Wronkerstraße 4, im Colosseum.

Auszug aus k. k. Hofraths Dr. Löschner's Schrift.

Die

Pastilles digestives de Bilin

(Biliner Verdauungs-Zeltchen),

aus dem Biliner Sauerbrunnen gewonnen und durch die Aufnahme als Heilmittel in die österr. Pharmacopoeia ausgezeichnet, bewährt gegen das Ausfallen der Haare, à Bacon 12½ Sgr., in Dr. Mankiewicz's Apotheke.

Industrie-Direktion Bilin, Böhmen.

General-Depot in Posen in

Dr. Mankiewicz's Apotheke.

Internationale Ausstellung Altona 1869

unter dem Ehrenpräsidium Sr. Excellenz des Hrn. Bundeskanzler Graf Bismarck.

Grossartige Verlosung von ausgestellten und prämierten Gegenständen,

die großartigste Verlosung, die je stattgefunden!

Preis per Original-Loos 1 Thlr. pr. Ct.

Bei grösseren Abnahmen Rabatt.

Die schönsten und namentlich die prämierten Gegenstände der diesjährigen grossen internationalen Ausstellung in Altona kommen mit allerhöchster Genehmigung

schon in einigen Wochen

Verlosung ca. 6000 Gewinne im Werth von ungef. 1/2 Million m. c.

Hauptgewinne im Werth von 5000, 3000, 1782, 1670, 1620, 1485, 1215,

1120, 1080, 945 etc. Thaler.

Loose à 1 Thaler sind zu beziehen durch directe Einsendung, Posteinzahlung oder

Rachnahme von den allein bevollmächtigten General-Agenten

Isenthal & Co.,

Banquiers in Hamburg.

Wiederverkäufern ansehnlicher Rabatt. — Listen auf

Berlangen gratis.

Es steht den Gewinnern frei, die Gegenstände zu beziehen oder nach Abzug eines kleinen Rabattes den vollen Werth in haar zu erhalten.

Warnung. Jedes Originalloos muss mit unserm Stempel versehen sein

Braunschweiger

20 Thaler Prämien-Loose

von der Königl. Regierung gesetzlich erlaubt.

Die nebenverzeichneten Gewinne werden durch die Ziehungen am 1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November zur Auszahlung gebracht.

Jedes Original-Loos ist mit den staatlichen Garantien ausgestattet, wonach mindestens der einzahlte Betrag zurückbezahlt wird, wenn nicht ein grösserer Gewinn auf das Loos entfällt; für die Auszahlung sämtlicher Gewinne haftet der Staat. — Diese Loose können gegen sofortige Baarzahlung oder mittelst monatlichen Ratenzahlungen bezogen werden; auf letztere Art ist eine Anzahlung von 1 Thaler zu leisten, womit demnächst schon

80,000 Thaler

gewonnen werden können.

Verlosungsplan und die näheren Bedingungen werden bereitwillig ertheilt; man beliebe sich direkt zu wenden an das Bankhaus

Anton Horix in Berlin,
Jerusalemerstrasse Nr. 39.

1 Gewinn.	. . .	Thlr. 80,000
1 " "	"	40,000
2 " à 20,000	"	40,000
2 " 6,000	"	12,000
2 " 5,000	"	10,000
1 " 4,000	"	4,000
3 " 2,000	"	6,000
1 " 1,000	"	1,000
1 " 800	"	800
2 " 600	"	12,000
64 " 100	"	6,400
12 " 70	"	840
48 " 25	"	1,200
9360 " 21	"	196,560
9500 Gewinne.		Thlr. 400,000

Leb. Hechte, Zander und Barsen Donnerstag Abend bei Kletschoff.

Saar-Essenz

zur Stärkung der Kopfhaut, bewährt gegen das Ausfallen der Haare, à Bacon 12½ Sgr., in Dr. Mankiewicz's Apotheke.

Auf dem Dom. Budischki bei Kröben stehen 1/2 bis 2 jährige Bullen (Holländer) zum Verkauf.

Das Wirthschaftsamt.

Cottillon-Orden, auch mit Überraschungen der interessantesten Art, empfiehlt die Papierhandlung von

M. Lakinska

Hotel de France.

Seine Angarweine empfiehlt billigst

Gustav Geissler,

Görversdorf, vor Waldenburg in Schles.

Fr. fett Kiel. Sprotten und Hamburger Speck-Büdinge empf.

Kletschoff.

Preuß. Loose 2. Klasse, 8. 9. 10 Thlr., 1/2 2 Thlr., 1/2 1 Thlr., alles auf gedruckten Anteilscheinen, versendet by Goldberg, Lotterie-Komitor. Monbijouplatz 12, Berlin.

versendet L. Oppenheim jun in Braunschweig.

Loose à 12 Sgr. der Stuttgarter Dombau-Lotterie, Bziehung am 1. Februar

15,000 Goldgewinne mit 70,000 Gulden, versendet

Eduard Perdetwitz.

In der Nacht vom 12. zum 13. November 1868 sind meine Gebäude, Scheune und Stall in Ostrowo bei Gollancz in Brand gesetzt, und verspreche ich obige Belohnung demjenigen, der den Brandstifter angeigt, so, dass er gerichtlich bestraft werden kann.

Ein Hauslehrer, der bis zu den mittleren Klassen eines Gymnasiums vorbereitet und gute Bezeugnisse aufzuweisen hat, sucht zu Ostern c. ein anderweitiges Engagement. Gef. Offerten unter Chiſſe A. B. 33 nimmt die Expedition dieser Zeitung entgegen.

100 Thaler Belohnung.

In der Nacht vom 12. zum 13. November 1868 sind meine Gebäude, Scheune und Stall in Ostrowo bei Gollancz in Brand gesetzt, und verspreche ich obige Belohnung demjenigen, der den Brandstifter angeigt, so, dass er gerichtlich bestraft werden kann.

Ein Laden, Markt u. Breslauer-

Näheres Bäderstraße 13b, 2 Tr.

Zu einem Geschäft oder Waarenlager sich eignende Räumlichkeiten mit oder ohne Wohnung sind Berlinerstr. 16 zu vermieten.

Ein schönes freundl. Zimmer, vorne, ist v. 1. f. M. ab zu verm. Näheres Wasser-

straße 8/9 bei Gołtinski.

Wallischei 42 ist eine Wohnung von 2 Stufen im 1. Stock vom 1. April zu verm.

Mühlenstraße 18 ist vom 1. April eine Stube im 2. Stock zu vermieten.

Näheres beim Bädermeister Faden.

Markt Nr. 40 ist ein Haussturzladen mit Schaufenster vom 15. April c. ab unter günstigen Bedingungen zu vermieten. Näheres Markt Nr. 39.

Ein Commis, Ein Lehrling,

mosaischer Religio, der polnischen Sprache mächtig, finden sofort oder zum 1. April c. in meinem Kolonialwaren-Geschäft Engagament. J. Blumenthal in Posen.

Ein evang. beider Landessprachen mächtiger Vogt, womöglich mit Hofpfenbau vertraut, findet vom 1. April c. Stelle auf

Dom. Bialezyc bei Wreschen.

Eine tüchtige Wirthschafterin jüdischer Konfession wird für eine grössere Haushaltung zum soforten Antritt gesucht. Meldungen mit Angabe der früheren Stellungen sind zu richten an Moritz Pulvermann in Ostrowo.

Ein tüchtiger Mühlenwerkführer

zu einer holländischen Windmühle mit Selbst-

Regelung findet sofort bei freier Wohnung. Deputat c. eine gute Stellung. Kaufer von 100 Thlr. ist beim Antritt zu erlegen.

Ed. v. Schkopp in Inowrocław.

Ein Kommis,

Materialist, der auch Kenntniß in der Buch-

führung besitzt, sucht als solcher oder auch in anderen Geschäftsräumen Stellung. Adressen werden unter J. F. 422. in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein Hofverwalter der deutschen und pol-

nischen Sprache mächtig der zugleich Rechnungs-

führer und unverheirathet, wird bei 100 Thlr.

Gehalt und freier Station gesucht sofort in

Polanowice bei Kruszwica. Atteste c. an

Ober-Inspektor Schmidt daselbst ein-

zureichen.

Die nächste Psalmen-Vorlesung findet

Donnerstag den 20. d. M. statt

Familien-Meldungen.

Das heute erfolgte Ableben meiner lieben Tante,

Wilhelmine v. Pisarski,

in ihrem 66. Lebensjahr zeigte ich Ver-

wandten und Freunden ergeben an.

Lawice bei Posen, den 18. Jan. 1870.

v. Stern, Oberst z. D.

Bonds. Posener 3½ % alte Pfandbriefe — do 4% neue do.

3½ dz. do. Rentenbriefe 2½ Ed. poln. Banknoten 74½ Ed.

[Amtlicher Bericht.] Roggen [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfld.]

pr. Jan. und pr. Jan.-Febr. 40—40½—40½ und April-Mai 40½

bz. u. Ed. ½ Br. Juli 41½ Ed. 42½ Br.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Trolles] (mittl. Br.) gefündigt

6000 Quart. pr. Jan. 13½—13½, Febr. 13½—13½, März 13½, April 14½

Mai 14½.

[Privatericht.] Wetter: Schneetreiben. Roggen: behauptet.

pr. Jan. u. Jan.-Febr. 40—40½ u. Ed. Frühjahr u. April-Mai 40½

bz. u. Ed. ½ Br. Juli 41½ Ed. 42½ Br.

Spiritus: unverändert. Gefündigt 6000 Quart. pr. Jan. 13½—13½

bz. u. Ed. Febr. 13½—13½, März 13½ Br. u. Ed. April 14½

bz. u. Ed. Mai 14½ bz. u. Ed. Loko ohne

Gas 13½ bz.

Schneekoppe.

Donnerstag den 20. Januar c. Wurst-

fränzchen, wozu ergeb. einlädt Haenisch.

Auf dem Dom. Trzemesal bei Trze- mesno wird zum 1. April ein unverheiratheter Wirthschafts-Beamter gesucht. Gehalt 100 Thlr.

Braunbehrens.

Ein Conditor gehilfe kann sofort eintreten beim Conditor Ulrici in Schrimm.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor, beider Landessprachen mächtig, unverheirathet, mit guten Bezeugnissen versehen, sucht womöglich selbstständige Stellung. Terminus Ostern oder

Johanni d. J.

Gehete Offerten bitte in der Expedition dieser Zeitung niederzulegen.

Ein anständiges Bräulein, gesessen Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterhaltung der Haushalt auf einem Gute Siedlung Honorar wird wenig beachtet, als eine anständige Behandlung und Aufnahme in einer katholischen Familie.

Gef. Offert sub A. C. 25. franko postrest. Storchnest bis 1. Februar.

preishaltend. — Rüböl in matter Haltung. Geländigt 100 Br. Kündigungspreis 12½ Br. — Petroleum. Geländigt 125 Br. Kündigungspreis 8½ Br. — Spiritus ohne wesentliche Änderung. Umsatz schwierig und sehr eng begrenzt. Geländigt 10,000 Quart. Kündigungspreis 14½ Br. — Weizen loko pr. 2010 Pf. 50—65 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat — April-Mai 57½ a 57½ br. — Roggen loko pr. 2000 Pf. 42½—45½ Br. nach Qualität, pr. diesen Monat 43½ br. Jan.-Febr. — April-Mai 43½ a 43½ br. Mai-Juni 44½ br. Juni-Juli 45½ a 45 br. — Getreide loko pr. 1750 Pf. 34—45 Br. nach Qualität, pr. diesen Monat 34½ a 45 Br. — Hafer loko pr. 1200 Pf. 22—27 Br. nach Qualität, 22½ a 26½ br. per diesen Monat — April-Mai 25 br. Mai-Juni 25½ a 26½ br. — Erbsen pr. 2250 Pf. Kochware 51—56 Br. nach Qualität. Butterware 42—46 Br. nach Qualität. — Beinöl loko 11½ Br. — Rüböl loko pr. 100 Pf. ohne Fass 12½ Br. per diesen Monat 12½ a 2 br. Jan.-Febr. do. Febr.-März do. April-Mai 12½ a 12½ a 2 br. Mai-Juni 12½ br. Juni-Juli 12½ br. Sept.-Okt. 11½ Br. — Petroleum raffin. (Standard white) pr. Ctr. mit Foch: loko 8½ Br. per diesen Monat 8½ Br. Br. Jan.-Febr. 8 Br. Febr.-März 7½ Br. April-Mai 7½ Br. — Spiritus pr. 8000% loko ohne Fass 14½ Br. br. loko mit Foch — per diesen Monat 14½ Br. Br. 14½ Br. Mai-Juni 15½ br. u. Br. 14½ Br. Juni-Juli 15½ br. Juli-August 15½ br. Aug.-Sept. 16 br. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 4—3½ Br. Nr. 0 u. 1 3½—3½ Br. Roggenmehl Nr. 0 3½—3 Br. Nr. 0 u. 1 3—2½ Br. pr. Ctr. unversteuert exkl. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. Ctr. unversteuert inkl. Sad; per diesen Monat 3 Br. 4½ Br. a 3 Br. 5 Br. br. Jan.-Febr. 3 Br. 4½ Br. April-Mai 3 Br. 4 Br. br. (B. B. S.)

Stettin. 18. Jan. [Amtlicher Bericht.] Wetter: trübe. Morgens Schneefall. Thermometer: +10 Br. Barometer: 28.6. Wind: O. Weizen loko leichter verläufig, Termine Anfangs behauptet, Schluss matter, p. 2125 Pf. loko gelber Inland, geringer 55—57 Br., mittlerer 58—60 Br. feinst 60—61½ Br., bunter poln. 55—58 Br., 73½ Pf. gelber pr. Jan. 61 nom., pr. Frühjahr 61½, 61 Br., 61½ Br., 61 Br. Mai-Juni 62½ Br. Juni-Juli 63½ Br. — Roggen stille, pr. 2000 Pf. loko 75½ Pf. 30—40 Br. 77½ Pf. 40—41 Br. 79½ Pf. 42—42½ Br. 81½ Pf. 43—43½ Br. 82½ Pf. 44—44½ Br. pr. Januar 43 Br. Frühjahr 43½, ½ br. Mai-Juni 44 Br. Juni-Juli 45 Br. — Getreide mehr offener, p. 1750 Pf. loko geringe 33 bis 34½ Br., bessere 35—36½ Br., feine 37—38½ Br., pomm. 70 Pf. pr. Frühjahr 3½ Br. — Hafer unverändert, p. 1300 Pf. loko preuß. und poln. 24½ Br. 25½ Br., pomm. 26—26½ Br. 47½ Pf. Frühjahr 26½ Br. u. Br. Mai-Juni 26½ Br. — Erbsen matt, Butter-loko p. 2250 Pf. 43½—45 Br. Rohr 46—47 Br. pr. Frühjahr Butter 46 br. — Rüböl behauptet, loko 12½ Br. Br. pr. Jan.-Febr. do. Febr.-März 12½ br. u. Br. 12½ Br. Sept.-Okt. 11½ br. u. Br. 12½ Br. — Spiritus wenig verändert, loko ohne Fass 14½ Br. Br. ba. pr. Febr.-März 14½ br. u. Br. Frühjahr 14½ Br. ½ Br. Juni-Juli 15½ br. u. Br. Juli-August 15½ Br. u. Br. — Angemeldet: nichts. — Regulierungspreise: Weizen 61 Br. Roggen 43 Br. Rüböl 12½ Br. Spiritus 14½ Br. — Petroleum loko 8 Br. br. pr. Febr. 7½ Br. — Schwinefett 15½, ungar. 6½ Br. gr. tr. br. — Beinsamen, Rüger 8½ Br. br. (Oft. B.)

Breslau. 18. Jan. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rote fest, ordinär 11—12½, mittel 13—14½, fein 15—16, hochfein 16½—17. Kleesaat weiße unverändert, ordinär 14—17, mittel 18—21, fein 23—25, hochfein 26—27. — Roggen (pr. 2000 Pf.) unverändert, pr. Jan. u. Jan.-Febr. 41 Br. Febr.-März 41½ Br. April-Mai 42 br. Mai-Juni 42½ br. — Weizen pr. Jan. 56 Br. — Getreide pr. Jan. 42 Br. — Hafer pr. Jan. 40½ Br. April-Mai 41 Br. — Raps pr. Jan. 115½ Br. — Rüböl still,

Breslau. 18. Januar. In Folge der besseren auswärtigen Notirungen war die Börse in günstiger Stimmung und wurden besonders österreichisch-Kredit- und Lombarden erheblich höher bezahlt. Per ult. fix: Lombarden 137½ bez. u. Br. österreich. Währung 82½ bez. u. Br. österreich. Kredit 142½—15½ bez. Italiener 55½ bez.

[Schlusskurse] 1. Destr. Loose 1860 — Minerva 47½ Br. Schlesische Bahn 118 Br. Destr. Kreditbanken 142½ Br. Oberösterreichische Prioritäten 73½ Br. do. do. 81½ Br. do. Lit. F. 88½ Br. do. Lit. G. 87½ Br. do. Lit. H. 88 Br. Rechte Ober-Ufer-Bahn St. Prioritäten 97 br. u. Br. Breslau-Schweidnitz. — Oberschlesische Lit. A. u. O. 174 Br. Lit. B. — Rechte Ober-Ufer-Bahn 88 Br. Kosel-Oderberg — Amerikaner 92½ Br. Italienische Anleihe 55½ Br.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 18. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Berlin. 18. Januar. Die Haltung der Börse war heute auf auswärtige, besonders Wiener Notirungen fest, die Kurse der fremden Spekulationspapiere, besonders Franzosen, Lombarden und Kredit, besserten sich und das Geschäft gewann etwas größere Ausdehnung in denselben, wurde aber doch nicht gerade lebhaft. Gute Umsätze fanden in Franzosen, Lombarden, Kredit, Italiener 91½ bez. u. Br. österreich. Währung 82½ bez. u. Br. österreich. Devisen nicht unbelebt. Berlin-Görlitzer wesentlich höher, Banken auch fest bei geringem Geschäft. Inländische Fonds, Pfand- und Rentenbriefe waren möglich belebt und behauptet. Deutsche Fonds sehr fest. Österreichische fest und höher, aber still, russische besser; für neue Prämienanleihen herrschte große Kauflust, russische Bahnen wurden viel gehandelt; besonders zu den niedrigeren Anfangspreisen; auch engl.-russ. Anleihen waren ziemlich belebt. Boden-Kredit stiller. Von Prioritäten waren inländische fest und zum Theil höher, Stettiner 6. Emission, 6 prozent. Oberösterreichische und Zweigbahn Litt. D. waren belebt; russische matter; österreichische still, 2 Lemberg-Cernowitz gestraft; Nordwestbahn und Franz-Joseph 76½ Brief. Alabama wieder in regem Verkehr bei steigender Tendenz. — Sachslsche Hypotheken-Pfandbriefe 48½ bezahlt. — Wechsel flau und wenig belebt.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 18 Januar 1870.

Breitwistige Fonds.

Deutsche Kredit-Br. 100 Br. —

Deutsche National-Anl. 100 Br. —

Deutsche National-Anl. 120 Br. —

Deutsche National-Anl. 140 Br. —

Deutsche National-Anl. 160 Br. —

Deutsche National-Anl. 180 Br. —

Deutsche National-Anl. 200 Br. —

Deutsche National-Anl. 220 Br. —

Deutsche National-Anl. 240 Br. —

Deutsche National-Anl. 260 Br. —

Deutsche National-Anl. 280 Br. —

Deutsche National-Anl. 300 Br. —

Deutsche National-Anl. 320 Br. —

Deutsche National-Anl. 340 Br. —

Deutsche National-Anl. 360 Br. —

Deutsche National-Anl. 380 Br. —

Deutsche National-Anl. 400 Br. —

Deutsche National-Anl. 420 Br. —

Deutsche National-Anl. 440 Br. —

Deutsche National-Anl. 460 Br. —

Deutsche National-Anl. 480 Br. —

Deutsche National-Anl. 500 Br. —

Deutsche National-Anl. 520 Br. —

Deutsche National-Anl. 540 Br. —

Deutsche National-Anl. 560 Br. —

Deutsche National-Anl. 580 Br. —

Deutsche National-Anl. 600 Br. —

Deutsche National-Anl. 620 Br. —

Deutsche National-Anl. 640 Br. —

Deutsche National-Anl. 660 Br. —

Deutsche National-Anl. 680 Br. —

Deutsche National-Anl. 700 Br. —

Deutsche National-Anl. 720 Br. —

Deutsche National-Anl. 740 Br. —

Deutsche National-Anl. 760 Br. —

Deutsche National-Anl. 780 Br. —

Deutsche National-Anl. 800 Br. —

Deutsche National-Anl. 820 Br. —

Deutsche National-Anl. 840 Br. —

Deutsche National-Anl. 860 Br. —

Deutsche National-Anl. 880 Br. —

Deutsche National-Anl. 900 Br. —

Deutsche National-Anl. 920 Br. —

Deutsche National-Anl. 940 Br. —

Deutsche National-Anl. 960 Br. —

Deutsche National-Anl. 980 Br. —

Deutsche National-Anl. 1000 Br. —

Deutsche National-Anl. 1020 Br. —

Deutsche National-Anl. 1040 Br. —

Deutsche National-Anl. 1060 Br. —

Deutsche National-Anl. 1080 Br. —

Deutsche National-Anl. 1100 Br. —

Deutsche National-Anl. 1120 Br. —

Deutsche National-Anl. 1140 Br. —

Deutsche National-Anl. 1160 Br. —

Deutsche National-Anl. 1180 Br. —

Deutsche National-Anl. 1200 Br. —

Deutsche National-Anl. 1220 Br. —

Deutsche National-Anl. 1240 Br. —

Deutsche National-Anl. 1260 Br. —

Deutsche National-Anl. 1280 Br. —

Deutsche National-Anl. 1300 Br. —

Deutsche National-Anl. 1320 Br. —

Deutsche National-Anl. 1340 Br. —

Deutsche National-Anl. 1360 Br. —

Deutsche National-Anl. 1380 Br. —

Deutsche National-Anl. 1400 Br. —

Deutsche National-Anl. 1420 Br. —

Deutsche National-Anl. 1440 Br. —

Deutsche National-Anl. 1460 Br. —

Deutsche National-Anl. 1480 Br. —

Deutsche National-Anl. 1500 Br. —

Deutsche National-Anl. 1520 Br. —

Deutsche National-Anl. 1540 Br. —

Deutsche National-Anl. 1560 Br. —

Deutsche National-Anl. 1580 Br. —

Deutsche National-Anl. 1600 Br. —

Deutsche National-Anl. 1620 Br. —

Deutsche National-Anl. 1640 Br. —

Deutsche National-Anl. 1660 Br. —

Deutsche National-Anl. 1680 Br. —

Deutsche National-Anl. 1700 Br. —

Deutsche National-Anl. 1720 Br. —

Deutsche National-Anl. 1740 Br. —

Deutsche National-Anl. 1760 Br. —

Deutsche National-Anl. 1780 Br. —

Deutsche National-Anl. 1800 Br. —

Deutsche National-Anl. 1820 Br. —

Deutsche National-Anl. 1840 Br. —

Deutsche National-Anl. 1860 Br. —

Deutsche National-Anl. 1880 Br. —

Deutsche National-Anl. 1900 Br. —

Deutsche National-Anl. 1920 Br. —

Deutsche National-Anl. 1940 Br. —

Deutsche National-Anl. 1960 Br. —

Deutsche National-Anl. 1980 Br. —

Deutsche National-Anl. 2000 Br. —

Deutsche National-Anl. 2020 Br. —